

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 178

Juli 2009

0,50 €

Sozialdemokratisches Vertrauen in den Staat entwapfnet Arbeiter

Nazischläger überfallen DGB-Mai-Demos

Am 1. Mai überfielen Nazis die traditionelle DGB-Demonstration in Dortmund. Über 300 rotteten sich in der Dortmunder Innenstadt zusammen. Mit Holzstangen bewapfnet stürmten Dutzende der Nazischläger auf den Demonstrationszug zu, der gerade die Innenstadt verließ, und schleuderten Flaschen, Pflastersteine und Feuerwerkskörper auf die Arbeiter. Besondere Zielscheibe waren die Kontingente kurdisch- und türkischstämmiger Arbeiter am Ende der Demo, die sich mutig zur Wehr setzten, um die Demo zu verteidigen. Dieser Überfall fand parallel zu zahlreichen anderen Naziprovokationen am 1. Mai im ganzen Land statt, einschließlich Angriffen auf Demonstranten in Ulm, Rotenburg (Wümme) sowie in Freiberg in Sachsen. Diese Angriffe am internationalen Tag der Arbeiterklasse zeigen ganz klar, dass die Faschisten die Todfeinde der multiethnischen Arbeiterbewegung sind. In den letzten Jahren richtete sich ihr Terror vor allem gegen Flüchtlinge, Immigranten und ethnische Minderheiten sowie einzelne Linke. Ihr ultimatives Ziel ist die Zerschlagung der Gewerkschaften und aller unabhängigen Arbeiterorganisationen.

Die Rolle des bürgerlichen Staates wurde ebenfalls durch die Ereignisse am 1. Mai deutlich, wo die Bullen ihre Hauptangriffe gegen Linke und Gewerkschafter richteten. In Dortmund griffen einige der anwesenden Polizisten brutal Arbeiter an, die versuchten, die DGB-Demo zu verteidigen. Aufnahmen von Hayat TV, die tags darauf vom WDR ausgestrahlt wurden, zeigen, wie ein Polizist in Kampfmontur einem Arbeiter, der am Boden festgehalten wird, voll gegen den Kopf tritt. Am selben Tag in Berlin wurden Demonstranten, die eine NPD-Provokation im Stadtteil Köpenick verhindern wollten, brutal von der Polizei des SPD/LINKE-Senats daran gehindert, und die paar hundert NPD-Nazis wurden von der Polizei vor tausenden Gegendemonstranten ge-



Björn Kietzmann

Polizisten des Berliner SPD/LINKE-Senats lösen brutal eine Blockade gegen Nazis am 1. Mai in Köpenick auf

schützt. Ähnliche Szenarien spielten sich bundesweit in anderen Städten ab. Gleichzeitig gab es massive Polizeirepression gegen die linke „Revolutionäre 1.-Mai-Demo“ in Berlin mit über 200 Verhafteten (siehe KfsV-Protestbrief auf Seite 19).

Die Antwort auf die Naziprovokationen muss die organisierte Verteidigung durch die multiethnischen Gewerkschaften sein. Es ist notwendig, die Arbeiterorganisationen an der Spitze aller potenziellen Opfer der Faschisten zu mobilisieren, um durch disziplinierte Einheitsfrontaktionen, unabhängig von den Kapitalisten und ihrem Staat, die Nazis zu stoppen und sie in ihre Rattenlöcher zurückzutreiben. Diese notwendigen Mobilisierungen erfordern in erster Linie einen politischen Kampf in der Arbeiterbewegung. Die Nazis haben heute das Gewicht einer Fliege im Vergleich zu den Gewerkschaften, die Millionen deutscher, ex-jugoslawischer,

Fortgesetzt auf Seite 19

Für multiethnische, gewerkschaftlich organisierte Verteidigung gegen Faschisten!

Aus den Archiven des Marxismus

1979: Iran und permanente Revolution

Nachfolgend drucken wir Auszüge aus unserem Artikel „Nein zu den persischen Pinochets! Nein zur ‚gerechten Herrschaft des Islam‘! Für eine Arbeiterrevolution in Iran!“ (Kommunistische Korrespondenz Nr. 24, Februar 1979 – Zeitung der Trotzkiistischen Liga Deutschlands, die seit 1980 als Spartakist weitergeführt wurde) ab. Gerade angesichts der jetzigen Massenproteste ist es umso wichtiger, die Lehren aus den Ereignissen vor über dreißig Jahren zu ziehen, wo unsere Tendenz durch unser Bestehen auf der politischen Unabhängigkeit des Proletariats einzigartig in der Linken hervorstach. Auch wenn die jetzigen Proteste heterogen zusammengesetzt sind, so sind sie doch politisch einem Flügel der islamischen Hierarchie und iranischen Bourgeoisie um Mussawi und Rafsandschani untergeordnet, an deren Händen das Blut tausender Linker, Kurden und Frauenrechtsaktivisten klebt aus der Zeit, als sie die Macht im Iran innehatten. So war Mussawi 1988 Premierminister, zur Zeit der Massenhinrichtungen linker politischer Gefangener. Zu der im Artikel erwähnten Tudeh-Partei ist heute zu bemerken, dass sie der Chomeini-Regierung ihre volle Unterstützung gab und die Unterdrückung der linksgerichteten Fedajin begrüßte – zwei Jahre bevor sie selber von der islamischen Reaktion vernichtet wurde. Die programmatischen Punkte am Artikelende, insbesondere die Notwendigkeit einer leninistisch-trozkistischen Partei, sind heute genauso relevant wie damals.

5. Januar [1979] – Ein Jahr nach Beginn der massiven Proteste in Iran gegen den Schlächter Schah scheint dessen Ende besiegelt. „Der Sieg ist nah!“, skandieren Chomeinis Anhänger immer häufiger. Sich zynisch den Hass der iranischen Massen gegen den blutbefleckten Despoten zunutze machend, betreibt der schiitische Klerus den Sturz Mohammed Reza Pahlevis mit allen Mitteln, um die Tyrannei des Schah durch das Joch einer reaktionären islamischen „Republik“ zu ersetzen. Die am 6. November eingesetzte Militärregierung hat sich keine zwei Monate halten können, unfähig, die Milli-

onen Schah-Gegner unter Kontrolle zu halten, wie die Massendemonstrationen anlässlich des religiösen Trauermonats Moharram am 11./12. Dezember gezeigt haben. Zur Jahreswende musste der vom CIA trainierte General Gholam Reza Azhari zurücktreten, nicht ohne vorher seine Dollar-Millionen ins Ausland transferiert zu haben. Jetzt setzt der Schah, der sich mit „Urlaubs“-absichten im Ausland trägt, erneut auf die Karte einer Zivilregierung: er beauftragte Schapour Bachtiar, einst Mitglied des bürgerlich-nationalistischen Mossadegh-Regimes, mit der Bildung einer neuen Regierung, das „Parlament“ bestätigte Bachtiares Nominierung zum Ministerpräsidenten. Ziel dieser schein-demokratischen Schmierkomödie: „das Land vor weiterem inneren Zerfall und den Pfauenthron für den Schah zu retten“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Januar). In der Tat, die erfolgreiche Durchführung von Bachtiares Programm, „arbeiten, arbeiten, arbeiten“, würde für die iranischen Massen nur die Fortsetzung der Herrschaft der Mörder-Monarchie und der kapitalistischen Ausbeutung bedeuten. So war es nur konsequent, als Bachtiar noch vor seiner Ernennung die Werktätigen aufrief, alle Streiks zwecks „Rettung der Nation“ einzustellen.

Aber diese neue Regierung im Sold des Schahinschah ist bereits so diskreditiert, dass die oppositionelle bürgerliche Nationale Front sich genötigt sah, Bachtiar bereits Stunden nach den ersten Gerüchten über dessen Nominierung aus ihren Reihen auszuschließen.

Nichts geht mehr im Iran. Weder die Peitsche des SAVAK und des Militärs, noch das Zuckerbrot einer „demokratisch“ aufgepäppelten Monarchie vermag die unterjochten iranischen Werktätigen im Zaum zu halten. Die Demonstrationen in Teheran und vielen anderen Städten des Landes reißen nicht ab. Am 30./31. Dezember erhängten wutentbrannte Demonstranten in der Stadt Mesched drei Agenten des verhassten SAVAK, woraufhin Armeeeinheiten unter der

Fortgesetzt auf Seite 18

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der Trotzkiistischen Liga Deutschlands
Nr. 24
Februar 1979

Verteidigt die iranische Linke!

Mullahs schreiten zur Endlösung

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der Trotzkiistischen Liga Deutschlands
Nr. 24
Februar 1979

Nein zu den persischen Pinochets!
Nein zur ‚gerechten Herrschaft des Islam‘!
Für eine Arbeiterrevolution in Iran!

Spartakist-Presse zur Zeit der „islamischen Revolution“ 1979

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler, Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiterin: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. Juni 2009

Nr. 178

Juli 2009

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 27 beigefügt.

UN-Sanktionen sind Kriegshandlung gegen Nordkorea

Verteidigt den deformierten Arbeiterstaat Nordkorea!

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 938 (5. Juni), *Zeitung der Spartacist League/U.S.*, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.

31. Mai – Nordkoreas erfolgreicher Test einer Nuklearwaffe am 25. Mai, die Berichten zufolge wesentlich mächtiger war als eine Waffe, die 2006 getestet wurde, führte zu Wutgeheul seitens der US-Imperialisten, die mit ihrem nuklearen Arsenal jedes Regime bedrohen, das ihnen im Weg steht. In den Tagen danach führte Pjöngjang Testabschüsse mehrerer Kurzstreckenraketen von der nordkoreanischen Küste aus durch. Nordkorea hat auch seinen Atomreaktor bei Yongbyon wieder aktiviert, der zuvor auf Druck der Imperialisten außer Betrieb genommen wurde. Seit dem Moment, als vor 60 Jahren die Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gestürzt wurde, stand der deformierte Arbeiterstaat Nordkorea im Visier der US-Regierungen von Demokraten wie Republikanern. 1994 bereitete die USA unter dem Demokraten Bill Clinton die Bombardierung der nordkoreanischen Nuklearanlagen vor. Die Spartacist League/U.S., Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, unterstützt Nordkoreas Besitz von Nuklearwaffen und die Entwicklung wirksamer Trägersysteme als notwendige Verteidigung und Abschreckung gegen die Imperialisten.

Die bluttriefenden US-Imperialisten und ihre Verbündeten antworteten auf die kürzlichen nordkoreanischen Tests sofort mit verschärften Drohungen, wobei die Obama-Regierung versprach, „in Aktion zu treten“. Verteidigungsminister Robert Gates erklärte, dass die USA „nicht untätig zusehen“ werden, wie Pjöngjang ein Kernwaffenpotenzial entwickelt. Die Imperialisten haben außerdem verschärfte Sanktionen der Vereinten Nationen sowie die Durchsuchung oder Beschlagnahme nordkoreanischer Schiffe angedroht. 2001 versenkte die japanische Küstenwache ein nordkoreanisches Schiff in chinesischen Gewässern und behauptete, es habe sich um ein Spionageschiff gehandelt.

Das eigentümliche stalinistische Regime Nordkoreas strebt aus gutem Grund danach, sich gegen die blutigste Macht der Erde zu bewaffnen. Die USA sind das einzige Land, das jemals Nuklearwaffen eingesetzt hat – wobei sie 200 000 Japaner in Hiroshima und Nagasaki einäscherten, aufgrund rassistischer Verachtung und als Warnschuss in Richtung Sowjetunion zum Auftakt des Kalten Krieges. Wie Seumas Milne im Londoner *Guardian* (27. Mai) schrieb, „zog Nordkorea im April 2003 die offensichtliche Schlussfolgerung aus der Aggression der USA und Britanniens gegen den Irak. Wie es damals kommentierte, zeige der Krieg, dass man nicht dazu beiträgt, einen Krieg abzuwenden, sondern ihn eher auslöst, wenn man Entwaffnung durch Inspektionen zulässt.“

Unsere Verteidigung Nordkoreas basiert auf der Tatsache, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die Arbeiter und Bauern unter dem Schutz der Sowjetarmee die Kapitalisten und Großgrundbesitzer enteigneten. Jedoch war der Arbeiterstaat Nordkorea von Beginn an deformiert – unter der Herrschaft von Kim Il Sungs Regime (einer nationalistischen und parasitären Bürokratenkaste, die sich auf die kollektivierte Wirtschaft stützt) war die Arbeiterklasse von der politischen

Macht ausgeschlossen. Wir treten ein für die bedingungslose militärische Verteidigung Nordkoreas und der anderen verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten – China, Vietnam und Kuba – gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution. Die Weigerung, Staaten zu verteidigen, wo der Kapitalismus gestürzt wurde, bedeutet die Zurückweisung des Kampfes für internationale sozialistische Revolution.

Ohne das Atomwaffenarsenal des ehemaligen sowjetischen Arbeiterstaats, welches als Abschreckung diente, hätten die US-Imperialisten freie Hand gehabt, die Revolutionen in China, Nordkorea, Vietnam und Kuba zu zermalmen. Unter der Flagge der UNO töteten die USA und ihre Verbündeten während des Koreakrieges 1950–53 ungefähr **drei Millionen** Menschen. Das war ein Teil des Bestrebens, die revolutionäre Erhebung der koreanischen Arbeiter und Bauern im Süden zu ersticken und die soziale Revolution im Norden zurückzuwerfen – als ersten Schritt zur Zerstörung der Chinesischen Revolution von 1949. Seit die USA durch den Kampf koreanischer und chinesischer Kräfte eine Pattsituation hinnehmen mussten, haben sie eine massive Militärpräsenz in Südkorea aufrechterhalten, wobei heute ungefähr 28 500 Soldaten dort stationiert sind. Vergangene Woche ist das Militär der USA und Südkoreas in hohe Alarmbereitschaft gegangen und hat seine „Aufklärungsbereitschaft“ auf „Stufe zwei“ erhöht, das zweithöchste Niveau. **Alle US-Truppen und -Basen raus aus Südkorea, sofort!**

Ein strategisches Ziel der US-Imperialisten ist die Restauration des Kapitalismus in China, dem größten der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten. Das macht es umso krimineller, dass die chinesische stalinistische Bürokratie ihre „entschiedene Opposition“ gegen Nordkoreas Atomwaffentest ausgedrückt hat. Beijing hat Nordkorea außerdem aufgefordert, zu den „Sechs-Länder-Gesprächen“ zurückzukehren, die auf die Entwaffnung Nordkoreas abzielen. Das zeigt den Bankrott des nationalistischen Programms der stalinistischen Bürokratie, die das antimarxistische Dogma vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ propagiert. In der Praxis bedeutet das immer Opposition zur Perspektive der internationalen Arbeiterrevolution sowie Anpassung an den Weltimperialismus. Auch der Aufruf des nordkoreanischen Regimes zur „friedlichen Wiedervereinigung“ mit dem kapitalistischen Süden zeigt das.

Wie wir nach einem nordkoreanischen Raketenstart im April bemerkten („Defend North Korea!“ [Verteidigt Nordkorea!], *Workers Vanguard* Nr. 934, 10. April):

„Dringend notwendig ist die Schmiedung einer leninistisch-trotzkistischen Partei mit einer proletarisch-internationalistischen Perspektive, um den Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung Koreas zu führen – für eine sozialistische Revolution im Süden und eine politische Revolution der Arbeiter zum Sturz der stalinistischen Bürokraten im Norden. Der Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung muss verbunden werden mit dem Kampf für eine proletarisch-politische Revolution in China und die Ausweitung der proletarischen Macht auf Japan, das industrielle Kernland Asiens, sowie auf den imperialistischen Koloss USA.“ ■

Bildungsproteste: Für ein Bündnis mit der sozialen Macht der Arbeiterklasse!



Berlin, 16. Juni: Besetzung des FU-Präsidiums. Plakat der Spartakist-Jugend zieht Klassenlinie gegen kapitalistische Univerwaltung

Hunderttausende beteiligten sich an den Bildungsprotesten vom 15. bis 19. Juni. Die Studierenden und Schüler sind zu Recht wütend darauf, dass die Kosten der weltweiten Wirtschaftskrise auf sie (und die arbeitende Bevölkerung) abgewälzt werden sollen. Die Spartakist-Jugend beteiligt sich an diesen Kämpfen und tritt für eine revolutionäre Perspektive ein. Wir argumentieren dafür, die Proteste mit den Klassenkämpfen der Arbeiterbewegung zu verbinden. Im Gegensatz zu Studierenden und Schülern hat die Arbeiterklasse die soziale Macht, den Kapitalismus zum Erliegen zu bringen und letztlich zu stürzen. Entsprechend kann sie auch helfen, Kürzungen im Bildungswesen zurückzuschlagen. Es sind ja auch die Kinder von Arbeitern (und Immigranten), die vom Kahlschlag zuerst getroffen werden. Auch deshalb treten wir für Solidarität mit den bundesweiten Kita-Streiks ein.

Selbst die grundlegendsten Forderungen wie „kostenlose Bildung für alle, auf höchstem Niveau“ und „Stipendien, von denen man leben kann“, stoßen auf die engen Grenzen des kapitalistischen Profitsystems. Im Kapitalismus dienen die Unis als Kadenschmieden für die Bourgeoisie. Wir fordern, die Unis unter die Kontrolle von allen zu bringen, die dort arbeiten, lehren und studieren, als Teil unseres Kampfes, Studierenden zur Seite der Arbeiterklasse zu gewinnen. Diejenigen, die arbeiten, sollen auch herrschen.

Nach der medialen Hetzkampagne im Anschluss des letzten Berliner Schülerstreiks (siehe *Spartakist* Nr. 175, Januar 2009) fing der SPD/LINKE-Senat diesmal schon frühzeitig damit an, die Proteste einzuschüchtern: Am 15. Mai wurde ein Pressegespräch zu internationalen Bildungsprotesten mit Studierenden aus dem Baskenland in einem Café in Kreuzberg von der Polizei verhindert. Alle Anwesenden wurden unter dem Vorwand, an einer „nicht angemeldeten Versammlung“ teilzunehmen, stundenlang festgenommen und dann mit Platzverweisen belegt und teilweise angezeigt (*junge Welt*, 18. Mai). Anfang des Jahres wurde die rassistische zentrale Schülerdatei durch den Senat eingeführt (mit den Stimmen fast aller LINKE-Abgeordneten), die neben diversen Personendaten der Schüler insbesondere auch ihre Staatsangehörigkeit und Muttersprache erfassen soll – diese Daten werden auch für Abschiebungen benutzt, wie Fälle in Hamburg zeigen. Diese Repressalien sind durchsichtige Versuche, Linke und Jugendliche zum Schweigen zu bringen. Der „rot-rote“ Senat bewies so wieder einmal seinen bürgerlichen Klassencharakter.

Der Linkspartei-Hochschulverband Linke.SDS, der teilweise von den Pseudotrotzkisten um das Magazin *marx21*

(ehemals die Gruppe Linksruck) geführt wird, sagt, die Bildungsproteste hätten „das Potenzial zu einem Erfolg: Am 17. Juni bundesweit und zeitgleich mit den Schülern zu streiken und auf die Straße zu gehen und so im Vorwahlkampf Bildung unübersehbar zum Thema zu machen, ist ein plausibles Konzept, an dem sich potenziell Zehntausende beteiligen können“ (*critica* Nr. 2/2009). Für sie sind die Bildungsproteste also ein Wahlkampfmittel für die Linkspartei, die sie nach links drücken wollen, um eine „wirklich linke“ Regierung auf die Beine zu stellen. Während der Diskussion über die Bildungsproteste auf dem SDS-Kongress in Potsdam am 30. Mai stellte ein Redner der Spartakist-Jugend dieser illusionären Politik, den Kapitalismus zu reformieren, unser marxistisches Programm entgegen:

„Die Position des SDS zu den Bildungsprotesten wird sehr gut mit der Losung ‚Geld für Bildung, nicht für Banken!‘ zusammengefasst. Das ist klassische sozialdemokratische Umverteilungspolitik, die den Rahmen des Kapitalismus nicht verlässt. Das ist parallel zum nationalistischen Protektionismus der Linkspartei-Führung à la ‚Opel muss wieder deutsch werden‘. Ihr wollt den Kapitalismus ‚sozial‘ gestalten.

Das Ergebnis dieser Politik kann man nach zehn Minuten S-Bahn-Fahrt von hier besichtigen: Der SPD/LINKE-Senat in Berlin ist die Speerspitze des Sozialabbaus, des Angriffs auf die Arbeiter des Öffentlichen Dienstes und hat auch Millionen bei der Bildung gekürzt. Die Linkspartei will der neue Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sein. Natürlich ist der SDS kritisch gegenüber der Politik des Berliner Senats. Aber auf einer rein empirischen Ebene. Ihr seid nicht prinzipiell gegen eine Beteiligung an bürgerlichen Regierungen, nur bitte ‚ohne neo-liberale Politik!‘ Das ist utopisch.

Einen weiteren Punkt, den ich wichtig finde: Man kann die aktuelle Krise und die letzten 20 Jahre von Sozialabbau nur verstehen im Zusammenhang mit der Konterrevolution 1989/90 in der DDR und Osteuropa. Die Kapitalisten müssen sich den sogenannten Sozialstaat nicht mehr leisten, weil sie nicht mehr mit der ‚Systemalternative‘ konkurrieren müssen. Das hat auch zu einem massiven Rückgang im politischen Bewusstsein geführt, angetrieben von der bürgerlichen Lüge vom ‚Tod des Kommunismus‘, wie man auch hier in der Diskussion sieht: Kämpfe heute werden nicht mehr mit einem Streben nach irgendeiner Art von Sozialismus identifiziert. Parteien wie die damalige SED-PDS tragen daran Mitschuld, weil sie die Konterrevolution unterstützt haben.“

Solange das irrationale kapitalistische System bestehen bleibt, können alle Verbesserungen, die wir den Herrschenden abringen, wieder rückgängig gemacht werden. Das zeigt nicht zuletzt auch die aktuelle Krise, deren Rechnung die Bourgeoisie der Arbeiterklasse und allen Unterdrückten aufzwingen will. Wirtschaftskrisen, imperialistische Kriege und allgemeines Elend sind keine Abweichung, sondern gehören zum System. Deshalb wollen wir Jugendliche für den Aufbau einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei gewinnen, die für eine sozialistische Gesellschaft kämpft. ■

Benno Ohnesorg: Opfer des kapitalistischen Staates

Anti-DDR-Hetze soll deutschen Imperialismus weißwaschen

„Rein zufällig“ – direkt vor der Wahl zum Bundespräsidenten und zum 60. Jahrestag des Grundgesetzes – wird enthüllt, dass der Westberliner Polizist Karl-Heinz Kurras, der 1967 den Studenten Benno Ohnesorg erschoss, seit 1955 auch für das DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS), genannt Stasi, arbeitete. Darüberhinaus wird bekannt, er sei seit 1964 Mitglied der SED gewesen. Die *Frankfurter Allgemeine*, Zeitung der deutschen Bourgeoisie, jubelte: „Köhler gewählt! Wolfsburg Meister! Grundgesetz 60! Kurras SED-Mitglied!“ Natürlich schwarz-rot-gold. Ausgerechnet Ohnesorgs Tod, der als Polizeivillkür schlechthin gilt, zum Auftragsmord der Stasi umzubiegen, passt zum Konzept der Ideologen der deutschen Bourgeoisie, die Geschichte antikommunistisch umzuschreiben und die DDR im Gegensatz zum „demokratischen“ kapitalistischen Deutschland als Unrechts- und Schurkenstaat auszumalen. Ohnesorgs Ermordung galt als einer der blutigen Flecken auf der angeblich weißen Weste des imperialistischen Westdeutschlands. So soll man jetzt wohl auch vergessen, welcher Bullenterror dieser Tage im März linken Demonstranten in Straßburg beim NATO-Gipfel widerfuhr, und noch bei Drucklegung dieses Artikels sitzen Demonstranten im Knast, die am 1. Mai in Berlin von Polizisten niedergewürgelt wurden.

Die Ermordung von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 in der NATO-Frontstadt des Kalten Kriegs Westberlin gilt als Fanal der Studentenbewegung, die in Deutschland für eine Radikalisierung in der Gesellschaft, vor allem der Jugend (Studenten und Arbeiter), sorgte. Helmut Müller-Enbergs, Enthüllungsjournalist der Birthingler-Behörde, die seit 1990 für die „Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen“ verantwortlich zeichnet, erklärt: „Mit Karl-Heinz Kurras hat ein Genosse der SED und ein IM des MfS den Studenten Benno Ohnesorg erschossen – ein Polizist also, der allein auf Wunsch der Staatssicherheit seinen Dienst bei der West-Berliner Polizei versah“ („Der 2. Juni 1967 und die Staatssicherheit“, *Deutschland Archiv* 42). Jedoch kann er keinen Hinweis aufführen, dass Kurras im Auftrag der Stasi geschossen hätte. Im Gegenteil, das MfS



München, 5. Juni 1967: Mord an Benno Ohnesorg löste bundesweite Proteste von sich radikalierenden Jugendlichen aus

brach den Kontakt mit Kurras sofort danach ab und merkte auf der Akte „Mörder Benno Ohnesorgs“ (*Tagespiegel*, 2. Juni).

Wir Trotzlisten waren für die bedingungslose militärische Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates DDR gegen Imperialismus und innere Konterrevolution. Wir kämpften auf dieser Grundlage für proletarische politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen und die Arbeiter politisch an die Macht zu bringen. Dass die Stasi sich einen Informanten in der Westberliner Polizei zunutze machte, ist aus der Sicht der Arbeiterklasse überhaupt *kein* Verbrechen (im Gegenteil, sicher waren viele der Informationen angesichts des Kalten Krieges und der permanenten Hetzarbeit des Westberliner SPD-Senats von Nutzen). Die Ermordung von Benno Ohnesorg war jedoch ganz klar ein

Verbrechen, das Kurras *in seiner Funktion als kapitalistischer Polizist* beging. Dazwischen verläuft die Klassenlinie, die Linie zwischen dem kapitalistischen Westdeutschland und dem deformierten Arbeiterstaat DDR. Die Bourgeoisie bestätigt das von ihrem Klassenstandpunkt aus auf eigene

Von Springer-Press bis zur FAZ versucht die Bourgeoisie durch groteske Hetze, „Kurras-Enthüllung“ antikommunistisch auszuschlachten



Weise: Solange Kurras als „normaler“ Polizist galt, der einen linken Studenten niedergeschossen hat, war er ihr Mann. Jetzt, wo herausgekommen ist, dass er Informationen an ihren Klassenfeind, die DDR, gegeben hatte, wird er dafür verurteilt.

Zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft benötigt die Kapitalistenklasse, wie Marx und Engels erklärten, einen Repressionsapparat – „besondere Formationen bewaffneter Menschen“, im Kern Polizei, Armee, Gefängniswesen –,



Oben: 2. Juni 1967, Studentin kniet neben erschossenem Benno Ohnesorg im SPD-regierten Westberlin. Unten: 20. Juni 2009, Zivilpolizist zielt auf linke Demonstranten bei Tempelhof-Besetzung im SPD/LINKE-regierten Berlin



um die anderen Klassen, vor allem das Proletariat, zu unterdrücken. Wie Trotzki 1932 in *Was nun?* schrieb: „Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter.“ Ihr Job ist es, die Herrschaft der Kapitalisten und ihres Staates zu verteidigen, die Aufgaben sind tagtägliche Verhaftungen, Abschiebungen, Streikbruch, Arbeiter zu verprügeln. Bullen sind kein Teil der Arbeiterbewegung, sondern ihr tödlicher Feind. Deshalb gehören Polizisten auch nicht in die Arbeitermassenorganisationen, die Gewerkschaften.

Kurras wurde in zwei Verfahren von fahrlässiger Tötung freigesprochen – zu einer Mordanklage kam es nie. Fritz

Teufel dagegen, ein linker Teilnehmer an den Protesten am 2. Juni 1967 gegen den Schah, wurde, nachdem er von der Polizei zusammengeschlagen worden war, des schweren Landfriedensbruchs beschuldigt und kam erst nach Protesten mehr als zwei Monate später vorübergehend aus der Untersuchungshaft. Kurras konnte ungestört seinen Dienst einschließlich einiger Beförderungen in der Westberliner Polizei bis zum Renteneintritt weiterführen. Sorgen brauchte er sich dabei nie machen, wesentliche Beweisstücke (einschließlich des Schädelknochens mit der Einschussstelle) verschwanden, wichtige Zeugen wurden nicht gehört. Beim „Freispruch“ stellte der damalige Richter Geus sogar noch fest, dass „auf Ohnesorg auch dann noch eingeschlagen wurde, als er tödlich getroffen bereits am Boden lag“ (*stern online*, 1. Dezember 2007).

Es war nicht die Stasi, sondern die „Gewerkschaft“ der Polizei (GdP) des kapitalistischen Westberlins, die 60000 DM für seinen Rechtsanwalt zahlte. Jetzt nach der Enthüllung über Kurras' Stasitätigkeit hat SPD-Innenminister Körtling die Überprüfung seiner Pensionsansprüche angeordnet und die Akten angefordert. Nun wurde auch auf einmal eine Strafanzeige wegen Mordes gefordert. Otto Schily, einstiger Anwalt der Ohnesorg-Hinterbliebenen, der ab 1998 unter der SPD/Grünen-Regierung Innenminister und damit oberster Chef der Polizei war, erklärte im *Spiegel* (25. Mai): „Wenn die Polizei gewusst hätte, was es mit diesem Herrn auf sich hatte, hätte sie den Fall ganz anders angefasst. Dann wäre Ohnesorgs Tod richtig aufgeklärt worden.“ Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) forderte, der Kriminalobermeister im Ruhestand müsse „nachträglich degradiert werden“, weil er „unwürdig war und ist, im Polizeidienst eines Rechtsstaats gestanden zu haben“ (*Spiegel online*, 25. Mai). Folgerichtig wurde jetzt der 81-jährige Kurras aus dem Polizeisportverein und der Polizei, „gewerkschaft“ ausgeschlossen. Die Causa Kurras ist ein wahres Lehrstück über den kapitalistischen Staat und seine Justiz. Die bürgerliche Klassenjustiz kann ebenso wenig den Interessen der Unterdrückten dienen wie der bürgerliche Staatsapparat insgesamt, der das Privateigentum an

Produktionsmitteln sichert.

2. Juni 1967 – Notstandsprobe für kapitalistischen SPD-Senat

Der 2. Juni ist als „Notstandsprobe“ in die Geschichte eingegangen, als ein Exempel, wie die bürgerliche Staatsmacht mit Gegnern umgeht. Es begann mit tagelangen Bürgerkriegsmobilisierungen, für die 30000 Polizisten aufgeboten wurden – Maßnahmen, wie sie heute noch angewendet werden. Der Staatsbesuch des verhassten bluttriefenden iranischen Schahs, einer Marionette der Imperialisten, diente dabei als Anlass für Übungen unter Notstandsgesetzbedingungen (Gesetze, bei denen Militär eingesetzt werden

kann, um Streiks niederzuschlagen, die bis heute noch gelten). Seit Anfang der 1960er-Jahre radikalisierten sich Studenten und Schüler weltweit unter anderem durch den mörderischen Krieg der USA gegen eine soziale Revolution in Vietnam. Unsere Tendenz trat für den militärischen Sieg des Vietkong ein und forderte: „Ganz Indochina muss kommunistisch werden!“ Wirtschaftlich hatte Westdeutschland gerade eine tiefe Wirtschaftskrise hinter sich, Arbeiterproteste, einschließlich wilder Streiks, breiteten sich aus. In Westberlin, Schaufenster der „freien Welt“ gegenüber dem Arbeiterstaat DDR, schürte die bürgerliche Presse eine ungeheuerliche Kampagne mit rassistischen und faschistoiden Sprüchen gegen Studenten und Jugendliche. Der antikommunistische SPD-Senat hetzte dabei fleißig mit und ging mit Brachialgewalt gegen alle vor, die Sympathie mit Vietnam und etwas gegen imperialistische Unterdrückung hatten. Seit der Bildung einer großen Bonner Regierungskoalition von CDU und SPD 1966 und dem Eintritt der Gewerkschaftsführungen 1967 in die „Konzertierte Aktion“ (einer Maßnahme, mit der versucht wurde, die Arbeiter an ihre Bosse zu binden) brachen immer mehr Jugendliche und Arbeiter von der SPD, die sie zunehmend als Teil des Repressionsapparates ansahen.

Der Angriff beim Schahbesuch auf die Studenten begann mit den berüchtigten „Jubelpersern“ (Angehörige des iranischen Geheimdienstes SAVAK), die mit langen Stangen ungehindert auf Demonstranten einprügeln konnten; iranische Kommilitonen der Studenten waren vorab festgenommen worden. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb damals, die Polizei habe „einer Brutalität Lauf gelassen“, wie sie „bisher nur aus Zeitungsberichten über faschistische oder halbfaschistische Länder bekannt wurde“ (*Die Zeit*, 17. Mai 2007, „Der Tag, der die Republik veränderte“). Sebastian Haffner, Autor einer damaligen wöchentlichen *stern*-Kolumne, schrieb:

„Was sich in der Berliner Blutnacht des 2. Juni ereignet hat, war nicht die Auflösung einer Demonstration mit vielleicht etwas zu rauen Mitteln. Es war ein systematischer, kaltblütig geplanter Pogrom, begangen von der Berliner Polizei an Berliner Studenten. Die Polizei hat die Demonstranten nicht, wie es üblich ist, verjagt und zerstreut, sie hat das Gegenteil getan: Sie hat sie abgeschnitten, eingekesselt, zusammengedrängt und dann auf die Wehrlosen, übereinander Stolpernden, Stürzenden mit hemmungsloser Bestialität eingeknüppelt und eingetrampelt.“ („Die Nacht der langen Knüppel“, 25. Juni 1967)

Dieser Artikel brachte Haffner eine Anzeige der Polizei ein und stachelte Uwe Soukop zur Untersuchung der Tat umstände an, niedergelegt im lesenswerten Buch *Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967*. Ein Greiftrupp zur Festnahme von Rädelsführern hatte die Aufgabe, kleine Gruppen schnell in einer Gasse zusammenzutreiben, sogenanntes „Füchsejagen“. Dies passierte Benno Ohnesorg, der zum ersten Mal in seinem Leben zu einer Demo ging, völlig unbewaffnet war, aufgrund seines roten Hemdes gut gesehen werden konnte und von den Bullen eingekesselt und dann von Kurras in einem Hofeingang der Krümmen Straße erschossen wurde. Der Westberliner SPD-Polizeipräsident Duensing, mit Erfahrungen als Generalstabsoffizier der Wehrmacht, war stolz auf seine berüchtigte „Leberwursttaktik“, „in die Mitte hineinstecken, damit sie an den Enden auseinanderplatzt“. Der SPD-Bürgermeister Albertz verteidigte die Polizei, und die Springer-Presse hetzte über „SA-Methoden“ *der Studenten!* Die Autoren des linken *Kursbuch*



Ullstein

Kurras wird von Westberliner Polizeikollegen nach dem Freispruch beglückwünscht

vom April 1968 „Der nicht erklärte Notstand – Dokumentation und Analyse eines Berliner Sommers“ drückten aus, was viele Jugendliche und Studenten damals dachten: „Die Justiz kann hier keinen Verantwortlichen finden, weil sie selbst zu dem Apparat gehört, der gegen die Demonstranten eingesetzt wird. Schießen und Bestrafen sind nur zwei Bewegungen des Staatsapparates in die gleiche Richtung.“

Benno Ohnesorgs Tod wurde zum Symbol, nun erst recht zu kämpfen. Viele politisierte und international inspirierte Linke und Jugendliche gründeten linke Zirkel an den Unis, gingen in die Betriebe, und einige wandten sich dem bewaffneten Guerillakampf zu. Hass auf die SPD allein führt jedoch nicht zu einem revolutionären Programm. Ohne revolutionäre Partei, die den Schulterschluss der Studenten mit der Arbeiterklasse propagiert – der einzigen sozialen Macht, die die Gesellschaft an der Wurzel packend grundlegend ändern kann – verblieb der überwiegende Teil der Jugendlichen in kleinbürgerlichen Bewegungen gefangen oder gesellte sich zu den Maoisten. Deren falsche Theorie von der Sowjetunion als imperialistischem Staat führte dazu, dass sich die jugendlichen Studenten und Arbeiter mit dem wesentlichen Punkt der deutschen Bourgeoisie versöhnten, nämlich dass der sogenannte „Hauptfeind“ in

Seminar der Spartakist-Jugend Berlin



Nieder mit Exekutivämtern des
kapitalistischen Staates!

Marxistische Prinzipien und Wahltaktik

Empfohlenes Lesematerial:

- „Marxistische Prinzipien und Wahltaktik“ aus *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 27 (Frühjahr 2009)
- W. I. Lenin, *Staat und Revolution*, Kapitel I (1917)

Freitag, 17. Juli, 19 Uhr, Mehringhof, Blauer Salon,
Gneisenaustraße 2a (U-Bhf. Mehringdamm)

Moskau bzw. Berlin-Pankow ist. Die Klassenlinie verlief mitten durch Deutschland. Nachdem die Rote Armee das Naziregime 1945 zerschlagen und ganz Europa von der Nazibarbarei befreit hatte, gab es im Westen das antikommunistische Bollwerk Westdeutschland, wo die deutsche Bourgeoisie von Auschwitz an der Macht weiterhin ihre bürgerliche Klassendiktatur, diesmal mit „demokratischem Antlitz“, ausübte, während im Osten die Kapitalisten enteignet und die Produktionsmittel vergesellschaftet wurden und der bürokratisch deformierte Arbeiterstaat DDR entstanden war.

Die besten Elemente dieser Bewegung der „Neuen Linken“ versuchten wir Trotzlisten zu gewinnen. Rekruten zum revolutionären Marxismus bildeten die Grundlage für die wichtige internationale Ausweitung unserer Tendenz, die in den USA im Kampf gegen die revisionistische Degenerierung der damals noch trotzkistischen Socialist Workers Party Anfang der 60er-Jahre entstanden war. Wir verteidigten den deformierten Arbeiterstaat DDR und den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion bedingungslos militärisch gegen den Imperialismus und innere Konterrevolution, so wie wir heute die verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Nordkorea und Vietnam verteidigen. Unser Programm für proletarisch-politische Revolution im Osten Deutschlands zum Sturz der Bürokratie sowie für soziale Revolution im Westen zum Sturz der Kapitalistenklasse drückte sich durch unsere Losung „für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands“ und unseren Namen Trotzkistische Liga Deutschlands aus. 1974 wurde die TLD als deutsche Sektion der internationalen Spartacist Tendenz gegründet.

In den 70er-Jahren machte derselbe monströse kapitalistische Staatsapparat Jagd auf die Rote Armee Fraktion und andere Gruppen wie die „Bewegung 2. Juni“. Er trampelte auf den elementarsten demokratischen Rechten von RAF-Angeklagten herum, verurteilte sie in Schauprozessen zu langjährigen Gefängnisstrafen, folterte sie mit Isolationshaft. Der Staat schickte 1974 Holger Meins und 1976 Ulrike Meinhof – angeblich „Selbstmord durch Erhängen“ – in den Tod. Im Oktober 1977 starben Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe im Dunkel der Nacht bei einem angeblichen „geplanten Gruppenselbstmord“ mit Pistolen und Messern im rund um die Uhr videoüberwachten Hochsicherheitstrakt von Stammheim, in dem alle Zellen permanent durchsucht wurden. Im sogenannten deutschen

Herbst (zehn Jahre nach Ohnesorgs Tod) zeigte die bürgerliche „Demokratie“ ihr unverhülltes Gesicht als Diktatur der Bourgeoisie, die sich auf ihre Repressionsorgane, „besondere Formationen bewaffneter Menschen“, stützt, um jeden Widerstand zu brechen oder gleich ganz zu vernichten. Wir vergessen nicht, dass elf RAF-Unterstützer durch polizeiliche Todesschüsse ermordet wurden. Und dieser Staatsterror wurde von der gleichen SPD durchgeführt, die 60 Jahre zuvor Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermorden ließ.

Als nach der Konterrevolution in der DDR, Mitte 1990, zehn ehemalige Mitglieder der RAF und Bewegung 2. Juni in verschiedenen DDR-Städten verhaftet wurden, wo sie seit Jahren normal gelebt und überlebt hatten, übernahm die SPD die Führung bei einer Hetze gegen „RAF-Stasi-Verbindungen“, die das Ziel hatte, die DDR als einen kriminellen Staat zu brandmarken, der „den Terroristen“ Unterschlupf gewährt habe. Wir verurteilten dies und schrieben: „Schluss mit Hexenjagd gegen Ex-RAF!“ (*Spartakist* Nr. 73, 3. Juli 1990). 1993 wurde Wolfgang Grams von der GSG 9 niedergestreckt, dies war eine weitere Lektion über den kapitalistischen Staat. Grams wurde keine einzige Tat vorgeworfen, allein „die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“. Dies reichte der Bourgeoisie als Freibrief zum Töten. Die Spartakist-Arbeiterpartei und vorher die Trotzkistische Liga haben immer die RAF und die anderen linken Gruppen gegen die Repression des bürgerlichen Staats verteidigt, so wie wir alle Opfer antikommunistischer Hexenjagden verteidigten.

Trotzkistischer Kampf gegen Konterrevolution

Schon in den 70er-Jahren war es abstoßend, festzustellen, wie viele linke Gruppen die Forderung nach Freilassung der RAF fallengelassen hatten. Die Kapitulation vor der eigenen Bourgeoisie verschärfte sich noch mit Ausbruch des zweiten Kalten Kriegs Ende 1979, als die Rote Armee dem bedrängten modernisierenden Regime in Afghanistan gegen einen reaktionären Aufstand der von der CIA und den Imperialisten unterstützten Mullahs und Großgrundbesitzer zu Hilfe kam. Viele Linke, die zehn Jahre zuvor noch „Ho, Ho, Ho Chi Minh“ gerufen hatten, heulten nun mit den imperialistischen Wölfen im antisowjetischen Chor. Als Ausdruck unserer grundlegenden Verteidigung von Fortschritt sowie aufgrund unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion erklärten wir: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und riefen zur Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die Völker Afghanistans auf. In Fortsetzung ihres politischen Kurses landeten die reformistischen Linken auf Seiten der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR 1990 und dann in der Sowjetunion 1991/92. So waren wir einzigartig in unserem Kampf gegen die Konterrevolution.

Mit den „Enthüllungen“ über Kurras wurde jetzt eine neuerliche groteske Hexenjagd angefacht. Sie soll von den Verbrechen des kapitalistischen Deutschlands ablenken, in dessen Rahmen Kurras am 2. Juni funktionierte. Die Stasi ist nun angeblich Urheber und Ursünde für Krawall und Randalen der Studentenbewegung und verantwortlich für die RAF! So fragt sich Stasi-Enthüller Helmut Müller-Enbergs (früher mal Mitglied des RJVD, Vorläufer-Jugendorganisation der maostalinistischen reformistischen MLPD): „Welches Signal wäre das gewesen, wenn der beginnenden studentischen und außerparlamentarischen Bewegung das im Juni 1967 bekannt geworden wäre?“ (*Deutschland Archiv* 42). „Haben sich die 68er im Feindbild geirrt?“, titelt die *Frankfurter Rundschau*. So fragt der ehemalige KBWler (maoistischer Kommunistischer Bund Westdeutschland) Gerd Koenen: „Und da man schon fast alles für möglich hält: War es reine Paranoia oder eine nicht unplausible

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (6 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

178

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Intuition, als der DDR-Abhauer Rudi Dutschke in den letzten Jahren seines Lebens zu der Vermutung kam, sein Attentäter, der junge Rechte Josef Bachmann, der wie er aus dem Osten kam und mit dem er etliche Briefe gewechselt hatte, könnte auch von Mielkes Staatsapparat angestiftet worden sein?“ (*Süddeutsche Zeitung*, 27. Mai).

Der Bau der Mauer im August 1961 hatte das von den Imperialisten betriebene ökonomische Ausbluten der DDR gestoppt. Die Mauer war eine bürokratische Maßnahme zur Verteidigung des Arbeiterstaats. Deshalb haben wir Trotzlisten sie verteidigt. Sie war als Frontlinie der Verteidigung der Oktoberrevolution das Hassobjekt der Imperialisten. Die stalinistische Bürokratie war eine parasitäre Kaste, die sich auf die proletarischen Eigentumsformen eines deformierten Arbeiterstaates stützte und dabei durch bürokratische Polizeistaatsmaßnahmen ein politisches Machtmonopol über die Arbeiterklasse ausübte, gegen die sie ihre Privilegien verteidigte. Sie wurde vom Gespenst der proletarisch-politischen Revolution verfolgt, eines erneuten 17. Juni 1953, wo sich ein Streik von Bauarbeitern in Ostberlin rasch zu einem Flächenbrand ausweitete. Unter dem Eindruck dieses prosozialistischen Arbeiteraufstandes ging ein Teil der SED auf die Seite der Arbeiter über, und erst das Eingreifen der Sowjetarmee rettete die Herrschaft der SED-Bürokratie. Die Furcht vor der Arbeiterklasse war die Grundlage für den Aufbau eines obszön überzogenen inneren Sicherheitsapparates in Form des MfS, der eben nicht nur dem notwendigen Kampf gegen imperialistische Spionage und konterrevolutionäre Subversion diente, sondern in hohem Maße auch zu allgemeiner Schnüffelei und intellektueller Unterdrückung.

Gleich nach dem kapitalistischen Anschluss 1990 wurde eine Kampagne losgetreten, bei der jeder Stasi-Mitarbeiter und viele Grenzsoldaten mit Prozessen überzogen und ihre Existenz vernichtet wurde. Die Stalinisten wurden von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt. Zum Beispiel wurde der verhasste Ex-Stasi-Chef Erich Mielke verurteilt wegen der angeblichen Erschießung zweier Polizisten im Jahre 1931, basierend auf einem Nazi-Prozess und auf Aussagen, die durch die Gestapo erpresst worden waren. Insgesamt gab es um die 100.000 Ermittlungsverfahren. Diese Hexenjagd diente dazu, jeden Widerstand gegen die folgende Zerschlagung der DDR-Industrie zu ersticken und zu kriminalisieren. Die Prozesse waren Teil des Rachezugs der Bourgeoisie und ihrer SPD-Helfer. Wir Spartakisten haben von Anfang an Ex-DDR-Bürokraten wie Erich Honecker, Mielke und Markus Wolf sowie alle Opfer der Hexenjagd vor den arroganten Imperialisten und ihrer Siegerjustiz verteidigt – auch viele PDSler, deren eigene Jasager-Parteiführung vor dieser Hexenjagd kapitulierte, um so ihre neue Loyalität gegenüber der deutschen Bourgeoisie unter Beweis zu stellen. Nieder mit der antikommunistischen Hexenjagd!

Als wir 1989/90 mit allen uns verfügbaren Kräften in der DDR für eine proletarisch-politische Revolution interve-



1994, Arbeitsgericht in Halle: Spartakisten protestieren gegen antikommunistische Hexenjagd auf ehemalige Stasi-Angehörige und für Wiedereinstellung aller Opfer der Anti-DDR-Hetze

Spartakist

nieren, um die kollektivierten Eigentumsformen zu verteidigen und die stalinistischen Irreführer durch die Herrschaft von Arbeiterräten zu ersetzen, hätte dies der Funke für sozialistische Arbeiterrevolution im Westen werden können. Wir waren die Einzigen, die für eine revolutionäre Lösung im Sinne der Arbeiterklasse kämpften, denn die Pseudolinke im Westen war seit Jahrzehnten im Schlepptau der SPD, die die Grundlagen der DDR unterhöhlte und auf die Konterrevolution hinarbeitete (siehe „SPD: Trojanisches Pferd der Konterrevolution“, *Spartakist* Nr. 176, März 2009). Ende Januar 1990 fügte sich die SED-PDS Gorbatschows Ausverkauf der DDR und unterstützte die kapitalistische Wiedervereinigung. Wir haben uns mit unserem Kampf zur Mobilisierung des Proletariats gegen den kapitalistischen Anschluss der DDR nicht durchgesetzt. Aber wir Trotzlisten standen auf unserem Posten. Wie Trotzki in *Verteidigung des Marxismus* schrieb: „Es ist die Pflicht von Revolutionären, jede Errungenschaft der Arbeiterklasse zu verteidigen, auch wenn sie durch den Druck feindlicher Kräfte entstellt sein mag. Wer alte Positionen nicht verteidigen kann, wird niemals neue erobern.“ Am besten werden wir Benno Ohnesorg und die vielen anderen Opfer brutalen Polizeiterrors ehren, indem wir geduldig und hart unser Ziel verfolgen, eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen, die die Arbeiterklasse in ihrer historischen Aufgabe führen kann, das kapitalistische System dahin zu befördern, wo es hingehört: auf den Müllhaufen der Geschichte. ■

**Besucht die Website der
Internationalen
Kommunistischen Liga!**

www.spartacist.org

Von Berlin bis Moskau:



Spartakist



Spartakist

Links: Berlin-Treptow, 3. Januar 1990 – Spartakisten initiierten Demonstration von 250000 gegen faschistische Schändung des Ehrenmals für Rote Armee. Rechts: Banner der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) bei Demonstration zum Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau 1991

Der Kampf der IKL gegen die kapitalistische Konterrevolution

Die Spartacist League/Britain veranstaltete am 21. Mai 2005 in London eine Tagesschulung über den Kampf der Internationalen Kommunistischen Liga gegen kapitalistische Konterrevolution in Ostdeutschland und der ehemaligen Sowjetunion in den Jahren 1989–92. Wir drucken nachfolgend eine leicht bearbeitete Version des Referats von Genossin Jane Clancy ab, wie es im Workers Hammer Nr. 191 (Sommer 2005) erschien. Die Präsentation des Genossen Weiss „Der Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands“ erschien in Spartakist Nr. 177, Mai 2009.

1989 war ein ziemlich aufregendes Jahr. Die Ereignisse, die damals losbrachen, sollten die gesamte politische Landschaft der Welt grundlegend verändern. Ich werde euch ein paar Eindrücke davon geben, was passierte. Im Februar wurden die letzten Truppen der Roten Armee aus Afghanistan abgezogen. Diese Truppen hatten gegen ein reaktionäres Bündnis aus islamischen Fundamentalisten, Stammesfürsten und Landbesitzern gekämpft, die sich der Versklavung von Frauen und der Auslöschung jeglichen Fünkchens an sozialem Fortschritt verschrieben hatten und die durch den US-Imperialismus in einer Größenordnung von Milliarden Dollar bewaffnet und finanziert worden waren. Der Rückzug erfolgte nicht, weil die sowjetischen Truppen dabei gewesen wären, zu verlieren; das war nicht „Russlands Viet-

nam“, wie es zu der Zeit dargestellt wurde. Stattdessen war der Truppenabzug Teil eines Versuchs des Kreml, die Imperialisten zu besänftigen.

Im Mai demonstrierten Hunderttausende Studenten und Arbeiter auf Beijings Tiananmen-Platz. Mit der Internationale, der Hymne der revolutionären Arbeiter, auf den Lippen waren sie gegen die Korruption der chinesischen stalinistischen Bürokraten und gegen die verheerenden Auswirkungen der von diesen eingeführten „Marktrefor-men“ auf die Straße gegangen. Im Juni siegte die konterrevolutionäre Solidarność – die einzige „Gewerkschaft“, die Margaret Thatcher und Ronald Reagan jemals unterstützt haben – überwältigend bei den Wahlen in Polen. Im selben Monat ertränkte der chinesische Führer Deng Xiaoping die aufkeimende politische Revolution auf dem Tiananmen-Platz in Blut. Im Juli wurde die Sowjetunion durch den ersten landesweiten Bergarbeiterstreik ihrer Geschichte erschüttert. Durch die Auswirkungen der Marktrefor-men auf ihr Leben und ihre Existenzgrundlage herausgefordert, entwickelten die Bergarbeiter schnell Organisationsformen von proletarischer Macht: Streikkomitees und Arbeitermilizen.

Im Oktober, zeitgleich mit den offiziellen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des deformierten Arbeiterstaats in Ostdeutschland, der DDR, wurde dieses Land durch zuneh-

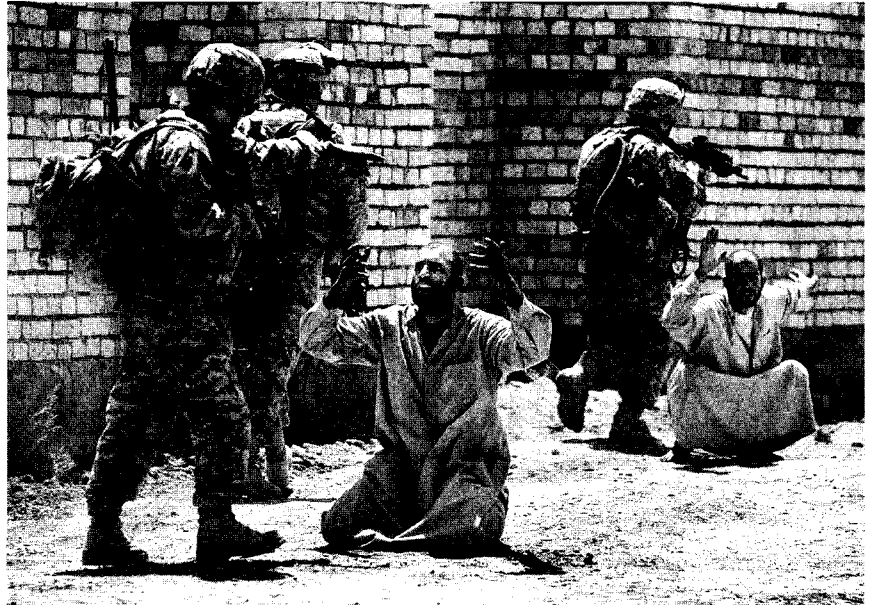
Für neue Oktoberrevolutionen!

mende massive Proteste gegen das stalinistische Regime Erich Honeckers erschüttert. Am 4. November fand die größte Demonstration in der Geschichte des Landes statt, als in Ostberlin eine halbe Million Menschen unter Bannern wie „Für kommunistische Ideale – keine Privilegien“, „Für eine deutsche Sowjetrepublik – Bildet Räte!“ demonstrierte. Am 9. November wurde die Berliner Mauer geöffnet.

Die anderen Redner der heutigen Tages-schulung werden Berichte über die Intervention unserer internationalen Tendenz – der Internationalen Kommunistischen Liga – in diese bedeutsamen Ereignisse beisteuern. Wir kämpften für die Niederlage der Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution und für die Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterklasse und der Unterdrückten auf der Welt, die in der kollektivierten Industrie und der geplanten Wirtschaft dieser Länder verkörpert wurden, wie sehr sie auch durch stalinistische Misswirtschaft verzerrt und entstellt waren. Wir kämpften für eine proletarische politische Revolution, um die stalinistischen Verräter rauszuwerfen; denn durch ihren bürokratischen Würgegriff auf das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben und ihren Verrat an revolutionären Kämpfen weltweit im Namen der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus unterminierten sie diese Arbeiterstaaten und ebneten letztendlich den Weg zu deren Zerstörung. Wir kämpften für das revolutionäre, internationalistische Programm der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki, die im Oktober 1917 die erste und bisher einzige erfolgreiche Arbeiterrevolution der Geschichte führte. Wir haben nicht gesiegt, aber wir haben **gekämpft!**

Dann, 1990, fegten die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution über Osteuropa. 1991/1992 sollten diese Kräfte die Sowjetunion verschlingen, die Heimat der Russischen Revolution. Die Welt, in der wir heute leben, ist das Produkt der weltgeschichtlichen Niederlage für alle Arbeiter und Unterdrückten, woraus der US-Imperialismus als die international unangefochtene „einzige Supermacht“ hervorgegangen ist. Es ist jetzt für Vereine wie die Socialist Workers Party (SWP) und andere sogenannte Linke üblich, die durchgeknallten Nuklear-Cowboys im Weißen Haus als „weltgrößte Terroristen“ anzuprangern. Wohl wahr. Aber diese selbsternannten Sozialisten, die die Kräfte der Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion bejubelt haben, haben ihren eigenen kleinen Beitrag zu diesem Ergebnis geleistet. Und wem wenden sie sich jetzt zu? Den imperialistischen Herrschern in Europa! Am Vorabend des einseitigen Abschlachtens im Irak appellierten sie an die europäischen Staatsoberhäupter, sie mögen für „ein bisschen Frieden“ sorgen und dem US-Imperialismus Einhalt gebieten. Jetzt rufen sie nach einem „sozialen Europa“ als Gegengewicht zum US-Imperialismus. Und ob die europäischen Herrscher ein Gegengewicht wollen! Sie sind darauf aus, ihre wirtschaftliche und militärische Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA zu verstärken. Um das zu tun, saugen sie die Arbeiter und Unterdrückten aus und zerstören das, was vom sogenannten Sozialstaat noch übrig ist. Die Reformen, die kollektiv als Sozialstaat bekannt sind, wurden eingeführt, um ein kämpferisches und politisch bewusstes Proletariat ruhigzustellen und das „Gespenst des Kommunismus“ abzuwehren, als das Ansehen der Sowjetunion durch ihren Sieg über Hitlers Nazis im Zweiten Weltkrieg wieder gestiegen war.

Jetzt gibt es diese Kampagne „Make Poverty History“ [Macht Armut zur Geschichte], die sich ausgerechnet an die



AFP/David Furst

Irakische Männer werden in einem Viertel südlich von Bagdad von US-Besatzungstruppen terrorisiert, 25. August 2007

G8 wendet, um den verelendeten Massen der sogenannten „Dritten Welt“ zu Hilfe zu kommen. Dass das der reinste Betrug ist, zeigt sich darin, dass selbst Gordon Brown die Leute dazu aufgerufen hat, sich diesen Juli der Demonstration in Edinburgh anlässlich des G8-Treffens in Gleneagles anzuschließen. Die SWP findet das großartig, solange Gordon Brown seinen Worten auch Taten folgen lässt, und genau das hat er vor. Browns Tour durch Afrika Anfang des Jahres hat klargemacht, dass „Make Poverty History“ lediglich ein zynisches Feigenblatt für die Ausweitung des „Freihandels“ ist – also die gesteigerte Plünderung und Ausbeutung Schwarzafrikas. Er erklärte, es sei an der Zeit, mit den Entschuldigungen für das britische Empire aufzuhören – als ob sich allzu viele Leute für die Verbrechen des Empire entschuldigt hätten –, und er ehrte es als „offen, nach außen gerichtet und international“. Ich glaube, er machte diese Bemerkungen in Kenia! Um von dem blutigen und brutalen Kolonialerbe Britanniens einen Geschmack zu bekommen, braucht man nur an die Massengräber der Zehntausenden zu denken, die während des Mau-Mau-Aufstands in den 1950er-Jahren von britischen Truppen getötet wurden.

Als die Sowjetunion existierte, hatten die nominell unabhängigen ehemaligen Kolonien den Spielraum, um wenigstens zwischen den Sowjets einerseits und den Imperialisten

NEU ERSCHEINEN!

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe Nr. 27, Frühjahr 2009

€ 1,50 72 Seiten

(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

SPARTACIST

NUMMER 27 DEUTSCHE AUSGABE FRÜHJAHR 2009 1,50€

Nieder mit Exekutivämtern des kapitalistischen Staates!

Marxistische Prinzipien und Wahltaktik

SEITE 4

Gegen die Apologeten des Verrats der POUM, damals und heute

Trotzkismus kontra Volksfrontpolitik im Spanischen Bürgerkrieg

SEITE 27

Frauen und Revolution

Arbeiterinnen und die Widersprüche im heutigen China

Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution! Für proletarisch-politische Revolution!

SEITE 72

Gérard Le Métail, 1959–2007.....3



Peter Turnley



AP

Links: Beijing, Mai 1989 – Arbeiter und Studenten verbünden sich mit Truppen, die den Aufstand unterdrücken sollten, der beginnende proletarische politische Revolution markierte. Rechts: Wanderarbeiter der Bauindustrie in Beijing errichteten im Januar 2003 eine Barrikade, um ausstehende Löhne einzufordern

andererseits zu manövrieren. Nicht mehr. Jetzt denken die Imperialisten, die Jagdsaison sei eröffnet. Zusammen mit der totalen Zerstörung und den Bruderkriegen, die im Gefolge der Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion ausbrachen, haben verstärkte imperialistische Plünderungen und militärische Unterdrückung von Afrika über Zentralamerika bis Asien viele Tausende gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern nach einem besseren Leben (oft einfach um zu überleben) für sich selbst und ihre Familien zu suchen. Dabei sind sie auf rassistische und chauvinistische Reaktion gestoßen, geschürt durch die kapitalistischen Herrscher, wie im kürzlichen Wahlkampf zwischen Labour und Tories. Die Kapitalisten benutzen diese Immigranten gerne für die dreckigsten, zermürbendsten und am schlechtesten bezahlten Jobs. Der Zweck ihrer immigrantenfeindlichen Kampagne ist es, die Arbeiterklasse weiter zu spalten, indem sie einen gegen den anderen, und alle gegen die „Fremden“ ausspielen.

Dazu kommt noch der „Krieg gegen den Terror“. Die islamischen Fundamentalisten, die gestern Verbündete im Krieg gegen den „gottlosen Kommunismus“ waren, sind dabei die Feinde von heute. Natürlich ist das überhaupt kein Krieg in irgendeinem militärischen Sinne. Stattdessen ist es ein politisches Konstrukt zur Stärkung der Unterdrückungsmaschinerie des kapitalistischen Staates gegen alles, was er als Herausforderung seiner Herrschaft sieht.

Die Sowjetunion war während ihrer stalinistischen Degeneration sicherlich nicht jenes Leuchtfeuer für die Weltrevolution wie unter Lenins und Trotzki's Bolschewiki. Dennoch war sie ein Gegengewicht zu den entfesselten Bestrebungen der Imperialisten der Welt. Wirtschaftlich stellte sie nicht nur eine Alternative zur kapitalistischen Ausbeutung dar, sondern zeigte auch die Überlegenheit einer geplanten Wirtschaft. In militärischer Hinsicht hinderte sie die imperialistischen Herrscher, insbesondere die USA, daran, irgendeinen ihrer anvisierten Feinde nuklear auszulöschen. Sie war das militärische und industrielle Machtzentrum der Staaten, in denen der Kapitalismus beseitigt worden war. Und jetzt, da sie nicht mehr existiert, beabsichtigen die Imperialisten die Zerstörung der übrigen Arbeiterstaaten – Kuba, Vietnam, Nordkorea; und China, der größte und stärkste dieser Staaten, wäre der Hauptgewinn. Alle imperialistischen Mächte wetteifern sowohl durch wirtschaftliche

als auch durch militärische Mittel um die Rückeroberung Chinas für imperialistische Ausbeutung.

Die chinesische stalinistische Bürokratie hat in ganzen Gebieten des Landes, den Freihandelszonen, die Tür für die Imperialisten und die offshore-chinesische Bourgeoisie geöffnet. Ihre immer aggressivere Einführung von Markt-reformen, oder „Sozialismus mit chinesischen Charakteristika“, wie sie es nennt, hat die Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949 ausgehöhlt. Organisationen wie die Socialist Party [in Deutschland: SAV] und Workers Power [in Deutschland: Gruppe Arbeitermacht], die in den Chor des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion einstimmten, schreiben China jetzt einfach als kapitalistisch ab. Dieses Urteil ist noch nicht gefällt worden. Das ist nicht die Art Frage, die man klären kann, wie man einen Käfer unter einer Lupe beobachtet, sondern eine Frage von wirklichen, lebendigen sozialen Kämpfen. Und es gab viele solcher Kämpfe der Arbeiter und Bauern in China, und das nimmt zu.

Wir sind keine passiven Beobachter. Die Lehren aus unseren Interventionen gegen die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution, von Ostdeutschland bis zur Sowjetunion, bewaffnen uns für den Kampf zur Verteidigung der verbliebenen Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949 gegen die Kräfte des Kapitalismus, für politische Revolution und die Errichtung der Herrschaft von Arbeiter- und Bauernsowjets, die auf proletarischer Demokratie und revolutionärem Internationalismus basieren. Letzteres ist entscheidend, denn die Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats China ist international, verbunden mit dem Kampf für neue Oktoberrevolutionen in den imperialistischen Zentren.

Heute wollen wir euch einen Eindruck von den revolutionären Möglichkeiten geben und wie wir darum kämpften, sie zu nutzen, um die Sache der arbeitenden Menschen weltweit voranzubringen, bevor es zu den Niederlagen kam. Auf diese vergangenen Kämpfe zurückzuschauen ist die Vorbereitung auf zukünftige Kämpfe. Das ist insbesondere heute wichtig, wo die Idee der proletarischen sozialistischen Befreiung der Menschheit bestenfalls als irgendeine idealistische Utopie angesehen wird. Auch das spiegelt die Auswirkungen der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion wider, die eine ideologische Offensive der imperialistischen Herrscher entfesselte, dass Kommunismus „tot“ sei und dass die Zerstörung der Sowjetunion lediglich bewiesen habe, dass

Marxismus ein „fehlgeschlagenes Experiment“ sei.

Das Bewusstsein ist so weit zurückgeworfen worden, dass Arbeiter heute ihre Kämpfe kaum noch mit „Sozialismus“ verbinden, wie auch immer dies zuvor verstanden wurde. Die meisten Jugendlichen halten allein die Idee, dass eine Arbeiterklasse *existiert*, für eine Art altbackener marxistischer Vorstellung, ganz zu schweigen von dem Verständnis, dass das Proletariat die soziale Macht und das historische Interesse hat, das kapitalistische System zu begraben. Dies wird durch das endlose Geschwafel von Ideologen der „Anti-Globalisierungs“-Bewegung begünstigt, die nur darauf aus sind, dem Kapitalismus ein „demokratischeres“ und „menschlicheres“ Antlitz zu verpassen. Und die vermeintlich „sozialistische“ Linke tut es ihnen gleich.

Aus Furcht, ihre Verbündeten in den Moscheen zu verprellen, wagt es die SWP nicht, das Wort „Sozialismus“ in ihrem Respect-Wahlbündnis auch nur zu flüsteren. Selbst die Erwähnung des Säkularismus ist verboten. Die Socialist Party, für die die Klausel Vier der Labour Party, übersetzt als „Nationalisierung der Kommandohöhen der Wirtschaft“, lange als Inbegriff des „Sozialismus“ galt, kann selbst das heutzutage kaum hervorbringen. Das wird für die Sonntagsreden aufgespart, wo man sein „Maximal“-Programm vorstellt. Dann wär' da noch Workers Power. 1979 sahen sie in Chomeinis Mullahs den Ausgangspunkt zu einer revolutionären Massenbewegung. In den frühen 1980ern sahen sie Solidarność als ein solches Vehikel, sogar als sie einräumten, dass deren Ziele konterrevolutionär waren. Unnötig zu sagen, dass es mit ihren bisherigen Massenbewegungen nicht allzu gut gelaufen ist. Jetzt sehen sie in den europäischen und Welt-Sozialforen ein Mittel, um eine neue „revolutionäre“ Internationale aufzubauen. Das ist genauso vielversprechend wie ihre früheren Bestrebungen. Diese Sozialforen sind nichts anderes als Werkzeuge für Klassenzusammenarbeit und dienen zahlreichen ausgedienten Volksfrontlern dazu, wieder zurück ins Regierungsgeschäft mit der und für die Kapitalistenklasse zu gelangen.

Der Einfluss der Russischen Revolution von 1917

Bei der Vorbereitung auf dieses Referat habe ich noch mal eine Rede von James P. Cannon, einem führenden Begründer des Troztkismus in Amerika, gelesen, die er 1942 am 25. Jahrestag der Russischen Revolution hielt, inmitten des Blutbads des Zweiten Weltkriegs und nach dem Einmarsch von Hitlers Kriegsmaschinerie in die Sowjetunion. Er sprach über die Auswirkungen der Russischen Revolution inmitten einer anderen Periode der Reaktion, die mit dem Ersten Weltkrieg einsetzte:

„Ich kann mich der dunklen Tage des Ersten Weltkriegs erinnern, 1914–1918. Damals wie heute schienen alle Hoffnungen auf den Fortschritt der Menschheit im Blut des Krieges ertränkt zu sein. Die Reaktion schien überall zu siegen. Die Feinde des Proletariats freuten sich hämisch über den Verrat und die Kapitulation der sozialistischen Parteien [die sich im Krieg hinter ihre ‚eigenen‘ kapitalistischen Herrscher gestellt hatten]; und vielen – der großen Mehrheit, wage ich zu sagen – schien die Theorie und die Hoffnung des Sozialismus entschwunden wie ein utopischer Traum. Und damals wie heute ... verhöhnten Feiglinge und Deserteure diejenigen, die den hartnäckigen Kampf fortführten und an ihrem revolutionären Vertrauen festhielten. Die gesamte Arbeiterbewegung der Welt war zwischen 1914 und 1917 von Niedergeschlagenheit und Verzweiflung überwältigt.

Aber die Russische Revolution vom 7. November veränderte das alles über Nacht. Mit einem Schlag richtete die Revolution das europäische Proletariat wieder auf. Sie rüttelte hunderte Millionen kolonialer Sklaven auf, die

niemals zuvor politische Bestrebungen gekannt hatten, die niemals vorher zu hoffen gewagt hatten. Sie wurden von der Russischen Revolution mit dem Versprechen eines neuen Lebens erweckt.“ („The Twenty-Fifth Anniversary of the Russian Revolution“ [Der 25. Jahrestag der Russischen Revolution], *Speeches for Socialism*, 1971)

Die Oktoberrevolution schuf einen Arbeiterstaat auf der Grundlage von Arbeiterräten (Sowjets). Die Sowjetregierung enteignete die Besitztümer der russischen Kapitalisten und der Imperialisten und lehnte die Zahlung von Russlands massiven Schulden bei ausländischen Banken glattweg ab. Sie gab den Bauern Land und den vielen unterdrückten Nationen des ehemaligen zaristischen Imperiums Selbstbestimmung. Gesetze, die ethnische und nationale Minderheiten, Frauen oder Homosexuelle diskriminierten, wurden abgeschafft. Die revolutionäre Regierung erklärte, der Staat habe kein Recht zur Einmischung in die einvernehmlichen sexuellen Beziehungen der Bevölkerung, egal welcher Form. Diese Erklärung hätte die Linke in diesem Land – „No Sex Please – We're British“ – die wegen unserer Verteidigung von Michael Jackson gegen die rassistischen Anti-Sex-Hexenjäger des amerikanischen Staates verrückt spielt, in Aufruhr versetzt.

Die Sowjetregierung verkündete das Recht der arbeitenden Menschen auf Arbeitsplätze, Gesundheit, Wohnraum und Bildung und unternahm die ersten Schritte zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Doch wie Marx formulierte: „Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft“ (*Kritik des Gothaer Programms*, 1875). Heutzutage gibt es alle möglichen neuen „Theorien“, dass man gewinnen könne, ohne die Macht zu übernehmen, oder dass der Weg zur Befreiung in der Utopie liege, „autonome“ Zonen zu errichten, die irgendwie frei von kapitalistischer Ausbeutung sein würden. Der Kampf für die Befreiung der Menschheit ist jedoch nicht irgendein Willensakt wohlwollender, richtig denkender Menschen. Die Befreiung kann auch nicht erreicht werden, solange Mangel existiert – so würde nur der Kampf ums Überleben verewigt werden. Marx verstand, dass die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen notwendigerweise auf Bedingungen von materiellem Überfluss beruhen muss.

Es gibt großen materiellen Reichtum auf der Welt, insbesondere in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. Unsere Aufgabe ist es, diesen Reichtum, der zum Großteil durch die Arbeit der Massen arbeitender Menschen geschaffen wird, den kapitalistischen Eigentümern zu entreißen, die sich die Früchte dieser Arbeit für ihren eigenen Profit aneignen. Nur die Arbeiterklasse hat die soziale Macht – aufgrund ihrer Rolle in der Produktion, ihrer Anzahl und Organisation – und das klare objektive Interesse, das kapitalistische System zu beseitigen. Es mangelt ihr jedoch am politischen Bewusstsein und an der revolutionären Führung, um einen solchen Kampf aufzunehmen. Diese ist das entscheidende Element, das die bolschewistische Partei den Arbeitern Russlands brachte.

Die materiellen Bedingungen für die tatsächliche Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft existierten jedoch im rückständigen Russland nicht, und sie existieren auch nicht innerhalb des Rahmens irgendeines anderen Landes. Den Bolschewiki war von Anfang an klar, dass der junge sowjetische Arbeiterstaat nicht überleben würde, wenn die Revolution nicht international auf fortgeschrittenere kapitalistische Länder ausgeweitet würde. Sie sahen die Oktoberrevolution als die Eröffnung einer europaweiten Arbeiterrevolution, und tatsächlich schwappte am Ende des Krieges eine Welle revolutionärer Aufstände über Europa. Die Sozialdemokraten – die während des Krieges auf die

Seite „ihrer eigenen“ imperialistischen Herrscher übergegangen waren – setzten sich dafür ein, die Herrschaft der Bourgeoisie vor den Arbeitern zu retten. Die neu gegründeten kommunistischen Parteien, die nach dem Beispiel der Russischen Revolution gegründet worden waren, waren zu schwach und unerfahren, um diese revolutionären Aufstände zum Sieg zu führen.

Die kapitalistische Welt umzingelte und isolierte die Sowjetunion. Von 1918 bis 1920 musste die Revolution in einem Bürgerkrieg um ihr nacktes Überleben kämpfen, als Truppen jeder wesentlichen imperialistischen Macht auf der Seite der konterrevolutionären Weißen Garden intervenierten. Die ohnehin rückständige Wirtschaft wurde durch den Ersten Weltkrieg und den darauffolgenden Bürgerkrieg fast vollständig zerstört. Das dynamische Proletariat, das 1917 die Revolution durchgeführt hatte, hörte praktisch auf als Klasse zu existieren und Hungersnöte suchten die Landbevölkerung heim. Doch selbst unter diesen Bedingungen waren die Arbeiter der Sowjetunion Feuer und Flamme, als 1923 eine außergewöhnliche revolutionäre Krise Deutschland erschütterte. Die deutschen Arbeiter schauten auf die Kommunistische Partei Deutschlands, die KPD, als ihre Führung. Die Führung der KPD jedoch schaute auf den linken Flügel der Sozialdemokratie als „Verbündeten“ und ließ die Gelegenheit zum proletarischen Aufstand verstreichen.

Diese Niederlage hatte enorme Auswirkungen in der Sowjetunion und führte im ohnehin gebeutelten Proletariat zu einer Welle von Demoralisierung. Aus diesen Bedingungen des Mangels, der Rückständigkeit und der Isolation des sowjetischen Arbeiterstaats erwuchs eine konservative, nationalistische Bürokratie mit Stalin an der Spitze. Anfang 1924 entriß diese Bürokratie dem Proletariat und seiner revolutionären Avantgarde die politische Macht. Unter Zurückweisung gerade des Programms des revolutionären proletarischen Internationalismus, das zum Sieg der bolschewistischen Revolution geführt hatte und das weiterhin von Trotzki's Linker Opposition verteidigt wurde, kreierte die Bürokratie zur ideologischen Rechtfertigung ihrer Herrschaft die antimarxistische „Theorie“ vom „Sozialismus in einem Land“. Durch die Zerstörung der gesamten Führung der bolschewistischen Partei in den blutigen Säuberungen der berüchtigten Moskauer Prozesse befestigte die Bürokratie ihre Macht. Die Kommunistische Internationale wurde von einem Instrument der Weltrevolution zu einer Hilfstruppe für die Bemühungen des Kremls verwandelt, der im Namen des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus anstrebte.

In einem der ersten Artikel, die wir für unsere Intervention in die Sowjetunion ins Russische übersetzten – „Wann war der sowjetische Thermidor?“ –, schrieben wir: „Nach dem Januar 1924 änderte sich alles: *die Menschen, die die UdSSR regierten, die Art und Weise, in der die UdSSR regiert wurde, und die Ziele, für die die UdSSR regiert wurde*“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 14, Winter 1989/90). Jedoch war das eine politische und keine soziale Konterrevolution. Die durch die Oktoberrevolution geschaffenen kollektivierten Eigentumsformen waren nicht zerstört worden, sondern existierten weiter als Errungenschaften für die Arbeiter der Welt. Die Trotzki'sten führten ihren unnachgiebigen Kampf gegen die stalinistische Bürokratie auf der Grundlage der bedingungslosen Verteidigung dieser Errungenschaften gegen Weltimperialismus und Konterrevolution.

Die Situation war gleichzeitig sehr instabil. Die Herrschaft und die Privilegien der stalinistischen Bürokratie stammten von ihrer Position an der Spitze des sowjetischen Arbeiterstaats. Gleichzeitig jedoch wirkte die Bürokratie als Transmissionsriemen für den unnachgiebigen und feindlichen Druck des Weltimperialismus, der sich der Zerstörung des Arbeiterstaats verschrieben hatte. Das „Übergangspro-

gramm“ von 1938, das Gründungsdokument von Trotzki's Vierter Internationale, definierte die Sowjetunion als bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat und legte zwei grundlegende historische Alternativen dar, mit denen sie konfrontiert war:

„So birgt das Regime der UdSSR bedrohliche Widersprüche. Aber es ist noch immer das Regime eines *entarteten Arbeiterstaates*. Das ist die soziale Diagnose. Die politische Prognose stellt sich als Alternative: Entweder stößt die Bürokratie, *die immer mehr zum Werkzeug der Weltbourgeoisie im Arbeiterstaat wird*, die neuen Eigentumsformen um und wirft das Land in den Kapitalismus zurück, oder die Arbeiterklasse zerschlägt die Bürokratie und öffnet den Weg zum Sozialismus.“

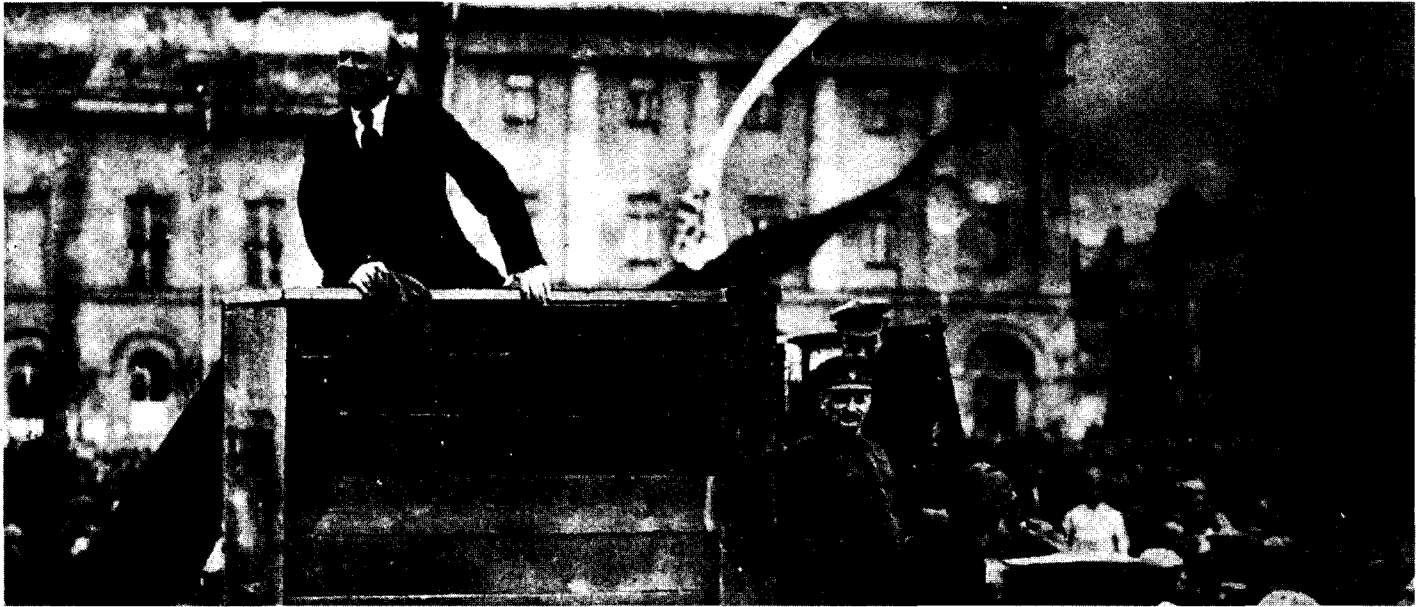
Diese sehr instabile und widersprüchliche Situation setzte sich jedoch mehr als 50 weitere Jahre fort. Wieso? Die Antwort liegt im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs.

Die Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs

Während des Zweiten Weltkriegs und bis heute – so auch dieses Jahr bei den Feierlichkeiten zum Tag der Befreiung – wurde und wird mit der Lüge hausieren gegangen, der Zweite Weltkrieg sei der „große demokratische Krieg gegen den Faschismus“ gewesen. Tatsächlich war er, wie auch der Erste Weltkrieg, ein interimperialistischer Krieg, eine Schlacht der imperialistischen Mächte um Märkte und größere Einfluss- und Herrschaftsbereiche. Wie die Politik der Bolschewiki im Ersten Weltkrieg bestand die Politik der Trotzki'sten in unversöhnlichem Defätismus gegenüber allen imperialistischen Bourgeoisien. Das bedeutete, für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg zu kämpfen – in einen proletarischen revolutionären Kampf gegen alle imperialistischen Kriegsteilnehmer. Gleichzeitig kämpften die Trotzki'sten dafür, dass die Arbeiterklasse der gesamten Welt die Sowjetunion gegen Schläge ihrer kapitalistischen Feinde, egal welchen Lagers, verteidigt.

Trotzki hatte, und zwar aus guten Gründen, vorhergesagt, dass der Zweite Weltkrieg die Bürokratie erschüttern würde und revolutionäre Erhebungen des Proletariats, so wie nach dem Ersten Weltkrieg, provozieren würde. Stalin brachte die Sowjetunion tatsächlich an den Rand einer Katastrophe: Er enthauptete die Rote Armee und ignorierte die wiederholten und verzweifelten Warnungen von heroischen sowjetischen Spionen wie Leopold Trepper in Nazideutschland und Richard Sorge in Japan, dass eine Invasion der Sowjetunion durch Hitlers Truppen bevorstehe. Dennoch war es die Sowjetunion, die die Nazis besiegte, um den Preis von mehr als 20 Millionen Toten. Wie Cannon 1942 in seiner Rede bemerkte:

„Die wirtschaftliche Stärke des sowjetischen Regimes und die Stärke der revolutionären Tradition spiegeln sich jetzt im militärischen Bereich wider. Die ganze Welt wurde durch den militärischen Heldenmut der Roten Armee überrascht und verblüfft. Alle Militärexperten rechneten mit einer Niederlage der russischen Armeen innerhalb von ein paar Wochen oder Monaten... Die Trotzki'sten wurden nicht überrascht. Trotzki sagte voraus, dass ein imperialistischer Angriff auf die Sowjetunion ein Wunderwerk von proletarischem Enthusiasmus und Kampfkraft in der Roten Armee entfesseln würde. Er konnte das tun, weil er besser als andere verstand, dass die große Antriebskraft der siegreichen Revolution nicht ganz verbraucht war. Die Rote Armee, der die Welt zujubelt, ist eine Armee, die durch eine proletarische Revolution geschaffen wurde. Diese Revolution lebt in der Erinnerung der sowjetischen Menschen. Das und die grundlegenden Errungenschaften, die sie noch immer bewahren und auf denen sie aufbauen, bilden das Fundament, auf dem die Rote Armee eine solch beispiellose Kraft zur Verteidi-



G.P. Goldschtein

Moskau, 1920: Lenin spricht zu Rotarmisten, die aufbrachen, um die Offensive des polnischen Diktators Pilsudski gegen Sowjetrußland zu zerschlagen. Trotzki steht rechts neben der Tribüne. Lenin hoffte, diese Gegenoffensive würde proletarische Revolutionen in Polen und Deutschland entzünden

gung, zum Widerstand und zu heroischer Aufopferung entfaltet hat.“

Nachdem die Rote Armee die Streitmacht der Nazis in der Schlacht bei Stalingrad besiegt hatte, fegte sie durch Osteuropa und geradewegs nach Berlin und zerschlug das Dritte Reich. Die anderen Regime in Osteuropa – überwiegend Nazi-Kollaborateure – flohen zum nächstgelegenen US-Hauptquartier und hinterließen ein Machtvakuum. Nach dem Krieg gingen die Imperialisten mit Beginn des ersten Kalten Krieges gegen ihren ehemaligen sowjetischen „Alliierten“ vor, mit dem Ziel der „Eindämmung“ und Zerstörung der Sowjetunion. Angesichts dieser neuen imperialistischen Offensive gingen die Stalinisten daran, in Osteuropa und im sowjetisch besetzten Ostdeutschland deformierte Arbeiterstaaten als „Pufferzone“ zu errichten. Die herrschenden Klassen, deren Macht zerschlagen worden war, wurden enteignet. Mit Ausnahme Jugoslawiens, wo Titos Partisanen sich in einem Bauernguerillakrieg durchsetzten, fanden diese Enteignungen von außen statt, durch kalte soziale Umwandlungen von oben. Diese Arbeiterstaaten waren von Anfang an deformiert – ein Spiegelbild der stalinistisch degenerierten Sowjetunion. Denn die dominierenden kollektivierten Eigentumsformen standen unter der politischen Herrschaft nationalistischer Bürokratien. Die sowjetischen Militäreinheiten waren die tatsächliche Staatsmacht, und nirgendwo galt das mehr als in Ostdeutschland, dem Frontstaat, der direkt an den imperialistischen Westen grenzte.

Die Enteignung der Bourgeoisie und die Schaffung deformierter Arbeiterstaaten stellten enorme Errungenschaften dar, die wir verteidigten. Aber, wie Trotzki über die frühere Besetzung Ostpolens schrieb, war die zentrale Frage die Auswirkung dieser sozialen Umwandlungen „im Bewusstsein und in der Organisation des Weltproletariats, das Verbessern seiner Fähigkeit, frühere Errungenschaften zu verteidigen und neue zu erobern“ („Die UdSSR im Krieg“, 1939, in: *Verteidigung des Marxismus*). Es gab kein solches Bewusstsein und keine solche Organisation des Proletariats, als es zu den sozialen Umwälzungen in Osteuropa kam. Obwohl der sowjetische Sieg über Hitlers Nazis ein Zeugnis für die anhaltenden Auswirkungen der Erinnerung an die Oktoberrevolution war, wurde diese von der stalinistischen Bürokratie zunehmend durch defensiven Nationalpatriotismus ersetzt. Direkt nach dem Krieg gab es revolutionäre

Situationen in Italien und Griechenland und massive Streiks in Frankreich, Belgien und anderen Ländern. Diese Kämpfe wurden jedoch durch die stalinistischen Parteien entwapnet, überall politisch und manchmal sogar buchstäblich. Diese Parteien nutzten die erneuerte Autorität, die ihnen durch den sowjetischen Sieg zugefallen war, um das auf Klassenkollaboration basierende Programm umzusetzen, den Klassenfrieden mit der sogenannten „demokratischen“ Bourgeoisie zu bewahren. In Bezug auf das zentrale politische Kriterium – die Auswirkungen auf das Bewusstsein, die Organisation und die Fähigkeit des Proletariats, frühere Eroberungen zu verteidigen und für neue zu kämpfen –, bestätigte die Rolle der Stalinisten, was Trotzki zuvor geschrieben hatte: „Nur von diesem Standpunkt aus, und das ist der einzig entscheidende, bleibt die Politik Moskaus, als Ganzes genommen, völlig reaktionär und ist weiterhin das Haupthindernis auf dem Wege zur Weltrevolution“ („Die UdSSR im Krieg“).

Der zweite Kalte Krieg und die Abwicklung des „Sozialismus in einem Land“

Die Sowjetunion zeigte in wirtschaftlicher Hinsicht die gewaltige Überlegenheit einer kollektivierten geplanten Wirtschaft gegenüber dem Kapitalismus. Das wurde jedoch unter der Bürokratie und ihrem Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ verzerrt, beschränkt und deformiert. In seinem Buch *Verratene Revolution* von 1936 analysierte Trotzki die immensen Widersprüche des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion:

„Gigantische Fabriken nach fertigen westlichen Mustern kann man auch auf bürokratisches Kommando errichten, freilich dreimal so teuer. Aber je weiter der Weg geht, umso mehr läuft die Wirtschaft auf das Problem der Qualität hinaus, die der Bürokratie wie ein Schatten entgleitet. Die Sowjetproduktion scheint wie von einem grauen Stempel der Gleichgültigkeit gezeichnet. In einer nationalisierten Wirtschaft setzt Qualität Demokratie für Erzeuger und Verbraucher, Kritik- und Initiativfreiheit voraus, d. h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime von Angst, Lüge und Kriecherei unvereinbar sind.“

Wirtschaftliche Planung kann nur effektiv sein, wenn die Arbeiter sich mit der Regierung, die die Pläne aufstellt, identifizieren. Und sich mit der Regierung zu identifizieren bedeutet, dass die Arbeiter durch Sowjets herrschen müssen. Wenn sie der Regierung entfremdet sind, wird der Plan von



TASS



McCurry/Gamma.Liasion

Links: Junge Frauen in Kabul, Afghanistan, Anfang der 1980er-Jahre, die sich infolge der Intervention der Roten Armee vom Schleier befreiten. Rechts: Reaktionäre Mudschaheddin wurden von Imperialisten, CIA finanziert und bewaffnet, um Sowjetsoldaten zu töten. Sie brachten den Frauen wieder vorgefudale Versklavung

der Basis untergraben werden: Die formalen Planziele mögen erreicht werden, aber mit Gütern mangelhafter Qualität. Rohmaterialien werden verschwendet und staatseigene Vorräte in den Schwarzmarkt abgezweigt. All diese Bedingungen existierten in der Sowjetunion über Jahrzehnte. Ende der 1970er-Jahre sollten die Widersprüche des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ dramatisch zum Vorschein kommen.

Zu Beginn jenes Jahrzehnts hatte die Sowjetunion ungefähr ein militärisches Gleichgewicht mit dem US-Imperialismus erreicht, der in seinem langen, zur Niederlage verurteilten, dreckigen Krieg in Vietnam feststeckte. Die Sowjetwirtschaft erlebte außerdem einen großen Aufschwung durch den steigenden Weltmarktpreis für Öl. Von Mitte der 1960er-Jahre bis Mitte der 1970er-Jahre stieg der Lebensstandard der Bevölkerung dramatisch. Die Staaten Osteuropas profitierten ebenfalls davon, da die Sowjetunion sie zu einem Bruchteil des Weltmarktpreises mit Öl versorgte.

All das begann sich jedoch Mitte bis Ende der 1970er-Jahre zu verändern. Nachdem der US-Imperialismus durch die heldenhaften vietnamesischen Arbeiter und Bauern besiegt worden war, begann er sich wieder zu bewaffnen und baute gegen die UdSSR – seit der Revolution 1917 das zentrale Ziel der Imperialisten – ein riesiges Militärarsenal auf. Das begann unter dem Präsidenten Jimmy Carter von der Demokratischen Partei mit seiner „Menschenrechts“-Kampagne für eine ganze Schar sowjetischer Dissidenten. Das Ziel dabei war die „moralische Wiederbewaffnung“ des US-Imperialismus, um das tiefe Misstrauen der amerikanischen Bevölkerung gegenüber der Regierung zu überwinden und das befleckte „demokratische“ und militärische Ansehen des US-Imperialismus wieder aufzupolieren.

Dieser erneute Kalte Krieg wurde mit der Intervention der sowjetischen Armee in Afghanistan Ende 1979 glühend heiß. In unserem Artikel „Afghanistan und die russische Frage: Feuerprobe für die Linke“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 9, Frühjahr 1981) schrieben wir:

„Afghanistan ist wie ein Blitzstrahl, der die wahren Konturen der weltpolitischen Landschaft grell aufleuchten lässt. Durch Afghanistan werden die letzten Illusionen der Entspannung hinweggefegt, wird die unversöhnliche Feindschaft des US-Imperialismus zum sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat enthüllt. Afghanistan hat das Bündnis Washingtons mit dem maoistisch-stalinistischen China aller diplomatischen Hüllen entkleidet. Und es stellt die Linke unausweichlich vor die ‚russische Frage‘: den Charakter des Staates, der aus der bolschewistischen

Revolution hervorging, und dessen Konflikt mit dem Weltkapitalismus.

Für sozialistische Revolutionäre hat der Krieg in Afghanistan nichts Verwickeltes, nichts Zweideutiges. Die sowjetische Armee und ihre linksnationalistischen Verbündeten kämpfen gegen ein antikommunistisches, antidemokratisches Gemisch aus Grundbesitzern, Geldverleihern, Stammeshäuptlingen und Mullahs, die auf den Analphabetismus der Massen eingeschworen sind. Und zu behaupten, die Unterstützung dieses Abschaums der Gesellschaft durch den Imperialismus sei offenkundig, ist die Untertreibung des Jahres.“

Wir sagten: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitete die Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!“

Für jeden Linken oder Radikalen mit Selbstachtung hätte es eine reflexartige Antwort sein sollen, in einem Krieg, in dem die Rote Armee nicht nur für die Verteidigung der Frauen gegen die barbarische Reaktion, sondern auch für die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution kämpfte, eine Seite mit der Roten Armee zu beziehen. Der Großteil der Generation linker Radikaler, die nur Jahre zuvor bei Massenprotesten gegen den Vietnamkrieg demonstriert und „Ho, Ho, Ho Chi Minh“ gerufen hatten, fand sich jedoch jetzt auf der Seite des US-Imperialismus gegen die Rote Armee wieder. Leute wie Tariq Ali, der während des Vietnamkriegs der Inbegriff des „antiimperialistischen“ Radikalismus gewesen war, und angeblich sogar das Vorbild für den Rolling-Stones-Song „Street Fighting Man“ [Straßenkämpfer], veranstalteten keine Straßenschlachten mehr. Sie bellten im Chor mit den Imperialisten und forderten den Abzug der Sowjettruppen. An diesem Punkt veränderte sich die politische Periode bedeutend. Während des Vietnamkriegs war es irgendwie in Mode gewesen, ein Linker zu sein. Zu der Zeit identifizierten sich die meisten Radikalen mit Marxismus als dem Weg zur Befreiung, was auch immer sie darunter verstanden. Aber jetzt wehte der Wind in eine ganz andere Richtung, da der Antikommunismus des Kalten Kriegs den Ton angab. Während die Unterstützung der Linken für Chomeinis Mullahs in der „Iranischen Revolution“ 1979 der Vorbote dafür war, dass sie in Afghanistan eine Seite mit den imperialistisch unterstützten Kräften der islamischen Reaktion beziehen würden, machten sie bei der Unterstützung der konterrevolutionären Solidarność in Polen Nägel mit Köpfen. Immerhin war das eine „Bewegung“, die über eine Gefolgschaft von Massen polnischer Arbeiter verfügte. Wie war es dazu gekommen?

Es waren die bitteren Früchte der stalinistischen Miss Herrschaft, die sich unter der Last rapide zunehmender Auslandsschulden zuspitzten. Wie ich schon sagte, hatte die Sowjetunion in den 1970er-Jahren die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas massiv subventioniert, insbesondere mit günstigem Öl sowie anderen Rohstoffen. Mitte der 1970er aber wurden die Ölpreise hochgeschraubt und die Lieferungen reduziert, damit die Sowjets auf dem Weltmarkt verkaufen konnten. Das allein ist eine scharfe Anklage gegen den „Sozialismus in einem Land“. Zur selben Zeit wurden diese Länder von einer weltweiten kapitalistischen Rezession getroffen, die ihre Exportmärkte einbrechen ließ. Um Beschäftigung und Lebensstandard aufrechtzuerhalten, wandten sich die osteuropäischen stalinistischen Regime an die Kredithähe der Wall Street, der City of London und der Frankfurter Börse. Nachdem sie ihre Länder bei den westlichen Banken verschuldet hatten, führten diese Regime unter dem Diktat des Internationalen Währungsfonds immer heftigere Kahlschlagprogramme ein, um ihren Schuldzahlungen nachzukommen. In Polen trieb die Wirtschaftskrise die traditionell sozialistisch eingestellten polnischen Arbeiter in die Arme von Solidarność, die durch den Vatikan und die CIA stark unterstützt und finanziert wurde.

Das Gorbatschow-Regime

Zur selben Zeit spitzten sich in der Sowjetunion all die Widersprüche, Deformierungen und Beschränkungen des „Sozialismus in einem Land“ zu, die Trotzki so brillant in *Verratene Revolution* analysiert hatte. Während der militärische Druck des US-Imperialismus zunahm und das korrupte Breschnjew-Regime gleichzeitig versuchte, durch die Aufrechterhaltung des Lebensstandards (ganz zu schweigen von der erheblichen Bereicherung der Bürokraten) die innere Stabilität zu bewahren, war das Wirtschaftswachstum um die Hälfte gefallen. Wieder einmal stießen sie an die Grenzen, die durch ihre eigene bürokratische Herrschaft gesetzt waren, als es um die technische und wissenschaftliche Innovation ging, die für die Erneuerung der Sowjetindustrie notwendig war. Da die Stalinisten Arbeiterdemokratie und revolutionärem Internationalismus feindlich gegenüberstanden, war ihre einzige Möglichkeit zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Arbeiter und Direktoren der Disziplin des Wettbewerbs auf dem Markt zu unterwerfen. Das neue, „modernisierende“ Regime unter Michail Gorbatschow, das 1985 an die Macht kam, führte Perestroika ein – „Markt-reformen“. Um die Produktivität zu erhöhen, wurden die Löhne der Arbeiter an der Profitabilität festgemacht; Akkordlöhne wurden wieder eingeführt, was die Einkommensunterschiede zwischen Arbeitern, Direktoren und der technischen Elite verschärfte; Fabrik wurde gegen Fabrik gestellt, Industrie gegen Industrie im Kampf um Ressourcen und Konsumenten. Das fachte den Nationalismus an und führte zum Auseinanderbrechen der Sowjetunion, indem weit reichere, industrialisiertere Gebiete gegen rückständigere, weniger industrialisierte gestellt wurden.

Dieser wachsenden Ungleichheit lag, insbesondere bei einer Schicht jüngerer bürokratischer Funktionäre und Intellektueller, ein Appetit zugrunde, sich selbst auf Kosten der Arbeiterklasse zu bereichern. Eine privilegierte Schicht, viele von ihnen die Söhne und Töchter der Bürokratie, waren neidisch auf das, was sich ähnlich Qualifizierte im Westen leisten konnten. Das spiegelte sich in einem immer offener vertretenen Glauben an die Überlegenheit des westlichen Kapitalismus wider.

Um die Bürde der Militärausgaben angesichts der zunehmenden militärischen Aufrüstung des US-Imperialismus zu mildern, bot das Gorbatschow-Regime den Imperialisten eine „Partnerschaft“ an. Entscheidend dabei war Afghanistan, und 1989 wurden die Truppen der Roten Armee von

dort abgezogen. Einige Tage vor dem Abzug der letzten Truppen, am 7. Februar 1989, schickte das Partisan Defense Committee, die klassenkämpferische rechtliche und soziale Verteidigungsorganisation, die mit der Spartacist League/U.S. verbunden ist, ein Telegramm an die afghanische Regierung und bot an, „eine internationale Brigade zu organisieren, um bis auf den Tod [zu kämpfen] für die Verteidigung“ der Rechte „von Frauen, lesen zu lernen, die Freiheit vom Schleier, Freiheit von der Tyrannei der Mullahs und Landbesitzer, die Einführung der medizinischen Versorgung und das Recht aller auf Schulunterricht“ (siehe *Spartakist* Nr. 61, April/Mai 1989). Wir rechneten damit, dass diese internationale Anstrengung eine Reihe militanter Kämpfer aus vielen Teilen der Welt anziehen würde, die in einer solchen Brigade die Möglichkeit sehen würden, dem imperialistischen System, durch das sie selbst unterdrückt und beraubt wurden, einen gewaltigen Schlag zu versetzen. Wir sahen auch, dass dies einen machtvollen Effekt auf die sowjetischen Armeeveteranen haben könnte, die überzeugt waren, in Afghanistan ihre internationalistische Pflicht erfüllt zu haben. Dies wäre ein wichtiger Hebel gewesen, um das Programm des revolutionären Internationalismus und der proletarischen politischen Revolution in der Sowjetunion selbst voranzubringen.

Zwar wurde unser Angebot einer Brigade abgelehnt, aber die afghanische Regierung fragte, ob wir Öffentlichkeitsarbeit und eine Spendensammlung für die bedrängten Einwohner von Jalalabad unternehmen könnten, die zu der Zeit von den blutrünstigen Mudschaheddin belagert wurden. Wir sammelten über 44 000 Dollar, überwiegend unter Arbeitern und Minderheiten, von denen einige ihre Wurzeln in der Region hatten. Die Bedeutung dieser Kampagne war jedoch größer. Sie zeigte, dass angesichts des Verrats in Afghanistan sowie der Entwicklungen in Osteuropa, in der Sowjetunion und in China das Fehlen einer Kommunistischen Partei, die diesen Namen verdient, deutlich gespürt wurde. Und so gründeten wir uns 1989 als die Internationale Kommunistische Liga.

Der Abzug aus Afghanistan öffnete die Schleuse zur konterrevolutionären Welle, die Osteuropa und dann die Sowjetunion selbst verschlingen sollte. Das wurde 1992 vom damaligen sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse eingeräumt, als er sagte: „Die Entscheidung, Afghanistan zu verlassen, war der erste und schwierigste Schritt. Alles andere ergab sich daraus“ (*Washington Post*, 16. November 1992). Weniger als ein Jahr später zogen die Kreml-Bürokraten beim ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat den Stecker und gaben grünes Licht für den Anschluss der DDR an das Vierte Reich des deutschen Imperialismus. Das wird in den Redebeiträgen anderer Redner heute hier noch angesprochen werden.

Ich komme einfach zum Schluss, wo ich begann. Unser Kampf zur Verteidigung der Errungenschaften, die in diesen Arbeiterstaaten verkörpert waren, wie verzerrt und deformiert durch stalinistische Miss Herrschaft sie auch waren, und unser Kampf heute für die Verteidigung Chinas und der verbliebenen Arbeiterstaaten waren und sind Teil unseres Kampfes für neue Oktoberrevolutionen. Trotzki sagte: „Wer alte Positionen nicht verteidigen kann, wird niemals neue erobern“ („Bilanz der finnischen Ereignisse“ in *Verteidigung des Marxismus*). Die Periode, in der wir jetzt leben, ist gekennzeichnet durch die Zerstörung des ersten Arbeiterstaats der Welt und zutiefst reaktionär. Aber die Lehren vergangener Kämpfe sind Munition zur Bewaffnung neuer Kader für die Kämpfe, die ausbrechen können und werden. In solchen Kämpfen werden die Kader gestählt, die eine revolutionäre, internationalistische, proletarische Avantgarde aufbauen werden – das entscheidende Instrument für die sozialistische Befreiung der Menschheit. ■

Iran 1979...

Fortsetzung von Seite 2

Menge ein Blutbad anrichteten und schätzungsweise 700 Tote hinterließen. Aber selbst diese bisher zuverlässigste Stütze des Despoten, die Armee, scheint gegen den Virus der Opposition nicht immun zu sein. So sollen sich in Täbris im Nordwesten des Landes Mitte Dezember mehrere hundert Soldaten mit Demonstranten verbrüdet haben. Die größte Sorge jedoch bereiten dem Schah die mächtigen Streiks, die den öffentlichen Dienst, die Banken, die Stahlindustrie und die Erdölproduktion lahmlegen: „Die Räder der Wirtschaft müssen wieder laufen.“ Sonst „sehe ich kaum eine Zukunft für dies Land“. Bisher haben freilich weder die Aufrufe Bachtjars, der Nationalen Front, noch die Appelle des islamischen Klerus von Schariat Madari bis zu Chomeini, doch für den Inlandsbedarf zu produzieren, die Arbeiter auf den Ölfeldern von Abadan zum Aufgeben bewegen können.

Diese Aufforderung zum Streikabbruch auch seitens der schiitischen Geistlichkeit, der Ulema, macht deutlicher als alles andere, was das iranische Proletariat von einer „gerechten islamischen Regierung“, wie Chomeini sie fordert, zu erwarten hätte. Der moslemische Klerus ist nicht nur der geschworene Gegner des Kommunismus, er ist entschiedener Feind aller Rechte der gesamten Arbeiterklasse. Es gibt keinerlei gemeinsame Interessen zwischen Proletariat und Islam. Mullahs und Arbeiter stehen auf verschiedenen Seiten der Barrikade. Allein das iranische Proletariat unter einer revolutionären Führung vermag die Massen von Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien. [...]

Die Arbeiterklasse muss die iranische Revolution führen!

Indonesien, Pakistan: beide liefern auf negative Weise eine Bestätigung für die trotzkistische Theorie der permanenten Revolution. In der Epoche des Imperialismus können weder reaktionäre Despoten wie der Schah noch panislamische Fanatiker wie Chomeini in irgendeiner Weise die demokratischen Sehnsüchte der arbeitenden Massen erfüllen. Die einzige soziale Kraft, die diesen Kampf führen kann, ist die Arbeiterklasse unter revolutionärer Führung.

Der Iran ist nicht mit Ländern wie Paraguay oder Botswana gleichzusetzen. Diese Länder sind so rückständig, dass ein sozialer Wandel nur durch die Auswirkungen proletarischer Kämpfe der Nachbarländer vorstellbar ist. Wäre dies in Iran der Fall, würde möglicherweise die Führung der Kämpfe durch die Mullahs weder die gleiche Bedeutung noch solche potenziell verheerenden Konsequenzen haben. Doch ist der Iran in Wahrheit die Heimat der größten und wichtigsten Arbeiterklasse der gesamten Region, einer Arbeiterklasse, die in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere Male die Führung explosiver sozialer Kämpfe übernommen hat.

Die Schaffung einer unabhängigen bolschewistischen Partei in Iran ist heute für Revolutionäre eine unaufschiebbare Aufgabe. Um diese können sich die arbeitenden Massen sammeln, um sowohl gegen die Diktatur des Schah als auch gegen die reaktionäre islamische Geistlichkeit, die heute die Opposition dominiert, zu kämpfen. In der Rebellion von 1945 waren die türkisch-sprechenden aserbeidschianischen Arbeiter führend, und in den Kämpfen von 1951–1953 gegen den britischen Imperialismus standen wiederum die Arbeiter an der Spitze. Letztere gaben schließlich den Anstoß zu den Nationalisierungen der Ölindustrie durch die bürgerlich-nationale Mossadegh-Regierung. Doch wurde die Kontinuität des proletarischen Kampfes unterbrochen, nicht nur aufgrund der blutigen Repression durch die von den USA wieder eingesetzte Diktatur des Schah, sondern auch durch den dauernden Verrat der iranischen Stalinisten.

Die moskauorientierte Tudeh-Partei, die die Hegemonie

in der Führung der ersten zwei Wellen von Arbeiterkämpfen nach dem Kriege innehatte, führte ihre Anhänger nicht nur in die Irre, indem sie diese in die politische Abhängigkeit von dem „progressiven“ Nationalisten Mossadegh leitete, sondern wurde auch durch die konterrevolutionäre Pro-Schah-Haltung ihrer Kreml-Mentoren schwer diskreditiert. Die in der Folge iranische Studenten anziehenden maoistischen Gruppen sind gleichermaßen durch Pekings „friedliche Koexistenz“ und mehr noch durch die offene Unterstützung für den Tyrannen auf dem Pfauenthron kompromittiert worden.

Die militanten Arbeiter, die massive ökonomische und politische Streiks in Iran begonnen haben, sind heute ohne eine breit verankerte, unabhängige proletarische Führung. In dieses Vertrauen treten nunmehr Chomeini und die moslemischen Mullahs. Die Koran-Fundamentalisten haben ihren stärksten Halt in den kleinbürgerlichen Basarhändlern und den rückständigen unterdrückten Bauern. Aber sie behalten auch einen bedeutenden Einfluss über weite Sektoren der Textil- und Bauarbeiter, die frisch vom Lande kommen. Aber auch die Facharbeiter der Ölindustrie, die weniger vom religiösen Obskurantismus beeinflusst sind, haben sich nicht gänzlich vom fremdenfeindlichen Chauvinismus befreit, den die von den Mullahs geführte Bewegung praktiziert.

Daher haben z. B. die Mullah-Liebhaber unter den westlichen Linken versucht, die Forderung der Ölarbeiter nach der Ausweisung aller ausländischen Arbeiter einfach als „antiimperialistische“ Parole darzustellen. Doch richtet sich die fremdenfeindliche Kampagne nicht nur gegen amerikanische Aufseher, sondern potenziell auch gegen die vielen tausend Palästinenser, Inder, Koreaner und Afghanis, die einen bedeutenden Teil der Arbeitskräfte ausmachen. Überdies scheint der letzte Streik der Erdölarbeiter, im Gegensatz zu den vorangegangenen, direkt auf Geheiß Chomeinis begonnen worden zu sein.

Die einzige Lösung: proletarische Revolution

Nur das Programm des revolutionären Trotzkismus zeigt den Ausweg für die iranischen Massen. Es steht im schroffen Gegensatz sowohl zur islamischen Reaktion als auch zur brutalen Unterdrückung des „modernisierenden“ Schah:

– Carters „Menschenrechte“ bedeuten die Schlächterei des Schah! Keine US-Intervention in Iran! Keine Militärhilfe für den Schah! Für internationale proletarische Solidarität: Boykott aller für den Iran bestimmten militärischen Güter!

– Für das Recht auf Selbstbestimmung für die Aserbeidschianer, Kurden und alle anderen unterdrückten Nationalitäten in Iran! Volle sprachliche und kulturelle Rechte für alle Nationalitäten!

– Land dem, der es bebaut! Enteignet die Großgrundbesitzer, den Klerus und die königliche Familie! Enteignet den ausländischen Großgrundbesitz! Um die Bauernschaft vom Wucher zu befreien: billige Kredite für kleine Landbesitzer!

– Volle demokratische Rechte für Frauen! Nieder mit dem Schleier! Für die Abschaffung aller restriktiven Familiengesetze! Für die Abschaffung aller Anti-Abtreibungsgesetze! Für gleichberechtigten Zugang zu Erziehung und Beruf!

– Gewinnt die einfachen Soldaten, die Söhne der Arbeiter und Bauern, für die Sache des Proletariats! Kein Vertrauen in „antiimperialistische“ Offiziere!

– Nieder mit dem Kriegsrechtsregime des Schah! Zerschlagt den SAVAK! Für Volkstribunale zur Bestrafung der SAVAK-Folterknechte! Freiheit für alle Opfer des weißen Terrors des Schah!

– Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs! Für eine souveräne, säkulare konstituierende Versammlung! Für eine Arbeiter- und Bauernregierung!

– Für eine trotzkistische Partei in Iran! Für die Wiederschaffung der Vierten Internationale, der Weltpartei des Proletariats!■

Freiheit für die linken und antifaschistischen Demonstranten, die am 1. Mai festgenommen wurden!

Der nachfolgende Protestbrief wurde am 19. Mai an die Berliner Senatskanzlei geschickt.

Das Komitee für soziale Verteidigung protestiert vehement gegen die staatliche Verfolgung von Linken und Antifaschisten vom 1. Mai in Berlin, die sich insbesondere gegen die „Revolutionäre 1.-Mai-Demo“ in Kreuzberg und die Anti-NPD-Proteste in Köpenick richtete. Am 4. Mai wurde berichtet, dass insgesamt 289 Menschen festgenommen und gegen 44 Haftbefehle erlassen wurden. Diese Repression ist ein durchsichtiger Versuch, im Kontext einer wachsenden Weltwirtschaftskrise und drohender Mas-

schen Lage, ihre Mai-Provokation in Köpenick durchzuführen, weil die Berliner SPD/Linkspartei-Koalitionsregierung für sie Polizeischutz angeordnet hatte. Antifaschisten, die mutig den S-Bahnhof besetzt hatten, um die NPD-Nazis zu blockieren, wurden brutal weggeräumt. In Dortmund, wo etwa 300 Nazis eine DGB-Demonstration und insbesondere das Kontingent türkischer und kurdischer Arbeiter angriffen, wurde gefilmt, wie ein Polizist einen eingewanderten Arbeiter verprügelte, der versucht hatte, die Demonstration gegen den Nazi-Angriff zu verteidigen. Der Arbeiter wurde von Polizisten zu Boden geschlagen und ins Gesicht getreten, während seine Hände auf dem Rücken gefesselt waren. Es ist das grundlegende Recht und die Pflicht jedes Gewerkschafters, Mai-Demonstrationen gegen solche tödlichen Nazi-Angriffe zu verteidigen!

Weg mit allen Anklagen!

senentlassungen alle, die ihre Stimme gegen kapitalistische Ungerechtigkeit erheben, zum Schweigen zu bringen und die Linken und die Arbeiterbewegung einzuschüchtern.

Weil sie angeblich Molotowcocktails in Richtung der Polizei warfen, sind vier der Festgenommenen mit empörenden, erfundenen Vorwürfen wegen „versuchten Mordes“ konfrontiert. Die Hexenjagdkampagne gegen Linke und Minderheitenjugendliche soll die massive Polizeigewalt verschleiern, die stattfand. Viele Demonstranten berichteten von polizeilicher Misshandlung nach ihrer Festnahme, einschließlich Schlägen und Tritten durch Polizisten; einem Demonstranten wurde ins Gesicht geschlagen und der Kiefer gebrochen. Insgesamt mussten mehr als 50 Demonstranten ins Krankenhaus gebracht werden, einige mit schweren Kopfverletzungen. Der Ermittlungsausschuss Berlin berichtet von physischer Einschüchterung und Drohungen gegen Rechtsverteidiger: „Menschen, die nach erfolgter Festnahme ihren Namen Umstehenden zurufen wollten, wurde der Mund oder Mund und Nase zugehalten.“

Diese Proteste fanden im Zusammenhang mit Nazi-Gewalt gegen Gewerkschafter bei Mai-Demos statt, von der die Presse schrieb, sie sei in der Nachkriegsperiode beispiellos gewesen. In Berlin war die Nazi-NPD nur in der

Wir werden nie die Ursprünge der internationalen Arbeiterproteste am 1. Mai vergessen. Bei den sogenannten „Haymarket-Unruhen“ in Chicago vom Mai 1886 schoss die Polizei auf eine Demonstration von überwiegend eingewanderten Arbeitern, die für den Achtstundentag streikten, und tötete ein Dutzend von ihnen. Einer Gruppe von Anarchisten wurde die Schuld gegeben. Sie wurden beschuldigt, eine Bombe gelegt zu haben, und wurden nach einem abgekarteten Schauprozess hingerichtet. Der internationale Arbeiterfeiertag am 1. Mai ist der Erinnerung an die Haymarket-Märtyrer gewidmet. Wir werden die staatliche Repression gegen 1.-Mai-Demonstranten seitens des Berliner Senats in der Arbeiterbewegung bekannt machen, um Solidarität mit den Opfern aufzubauen. Ein Angriff auf Einen ist ein Angriff auf Alle! Freiheit für die linken und antifaschistischen Demonstranten, die am 1. Mai festgenommen wurden! Weg mit allen Anklagen!

Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SPAD).

DGB-Mai-Demos...

Fortsetzung von Seite 1

kurdischer und türkischer Arbeiter und deren Kinder und Enkel umfassen. Doch durch die Politik des Vertrauens in den kapitalistischen Staat werden die Arbeiter *entwaffnet*. Die Verantwortung dafür liegt bei der prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokratie und den eng mit ihr verbundenen sozialdemokratischen Parteien SPD und LINKE. Mit ihren endlosen ohnmächtigen Appellen an Polizei und Gerichte, gegen die Nazis vorzugehen, sowie generell durch die Unterordnung der Arbeiterorganisationen unter den bürgerlichen Staat haben sie systematisch das elementare Klassenverständnis zerstört, dass sich die Arbeiter gegen die Faschisten selbst verteidigen müssen. Die Arbeiter werden an den Staat des Klassenfeindes gekettet und dadurch werden die Nazis zu neuen, dreisteren Provokationen ermutigt.

Den Angriffen am 1. Mai voraus ging der Naziüberfall im Februar auf Gewerkschaftsbusse an der Autobahnraststätte Teufelstal nach einem Naziaufmarsch in Dresden. Die Gegner der Nazis wurden abgelenkt durch die Volksfrontdemonstration „Geh-Denken“, deren Zweck es nicht war, die Nazis zu stoppen, sondern vielmehr, das Image des deut-

schen Imperialismus aufzupolieren. Den ganzen Tag wurde von Spitzenpolitikern sozialdemokratischer und bürgerlicher Parteien Vertrauen in den „demokratischen“ bürgerlichen Staat gepredigt, während 6000 Nazis staatlich geschützt für ihr Völkermordprogramm durch Dresden marschierten. Die Arbeiter und andere Nazigegner wurden durch diese Volksfrontpolitik entwaffnet – die Politik von Bündnissen, die sich auf das beschränken, was dem sogenannten demokratischen Flügel der Bourgeoisie in den Kram passt. Die Nazis dagegen traten mit gestärktem Selbstbewusstsein auf, wie auch die Angriffe am 1. Mai zeigen.

Der Dortmunder DGB-Bezirksvorsitzende Eberhard Weber hatte im Vorfeld der 1.-Mai-Demo an die Polizei appelliert, die Demo vor den Nazis zu schützen. Dass diese Art Appelle direkt entgegengesetzt zur notwendigen Vorbereitung einer disziplinierten Verteidigung der Demo durch Gewerkschaftsmitglieder sind, zeigte sich, als bekannt wurde, dass die Nazischläger auf dem Weg zur Kundgebung waren. Weber organisierte die Flucht und ließ die Demo von 2500 Leuten einfach abmarschieren, wodurch die Kontingente der türkisch- und kurdischstämmigen Arbeiter am Ende des Demozuges kriminellerweise weitgehend allein gelassen wurden, wo sie gegen die Naziangriffe kämpften.



WAZ

Dortmund, 1. Mai: Während im Hintergrund der Nazi-Mob, der die DGB-Demo angriff, zuguckt, verprügeln Polizisten einen eingewanderten Gewerkschafter, der die Demo verteidigte

Weber kritisierte im Nachhinein die Polizei, nicht massiv genug vor Ort gewesen zu sein, und lobte groteskerweise die Bullen, die in Wirklichkeit einen der Arbeiter, die die Demo verteidigten, zusammenschlugen!

Die Linkspartei stieß ins gleiche Horn. So beschwerten sich der Dortmunder Kreisverband-Vorstand und MdB Ulla Jelpke (eine Galionsfigur für die „Linke der Linken“, d. h. DKP und *junge Welt*) in einer gemeinsamen Presseerklärung vom 4. Mai, „dass die Dortmunder Polizeiführung im Kampf gegen Neofaschisten auf der ganzen Linie versagt“ habe:

„Wir betonen ausdrücklich unseren Respekt vor jenen Polizeibeamten, die sich, teilweise ohne Kampfmontur, den Nazis in den Weg gestellt haben, um die DGB-Demo zu schützen. Für absolut unverantwortlich halten wir aber den weiteren Verbleib von Polizeipräsident Schulze im Amt... DIE LINKE wiederholt ihre Forderung: Schulze muss abgesetzt werden, damit Nazis in Zukunft der Weg blockiert wird!“

So versuchen Jelpke und Co. die demokratische Fassade wiederherzustellen, gerade wo der bürgerliche Charakter der Polizei als Organ zur Klassenunterdrückung gegen die Arbeiter deutlich wurde. Ihr ekelregender „Respekt“ vor der rassistischen Polizei hat den Hintergrund, dass das grundlegende Programm der LINKEN darin besteht, Regierungsverantwortung für den kapitalistischen Staat zu übernehmen, ihn zu verwalten (wie zurzeit im Berliner Senat). Die reformistische Linke stellt den Kampf gegen Faschismus als eine Frage von klassenloser „Demokratie“ kontra Diktatur hin, was die Klassengrundlage des Faschismus verschleiert und die reformistische Beschönigung der bürgerlichen Demokratie, d. h. der Diktatur der Kapitalistenklasse, rechtfertigt.

Die Faschisten sind die Kettenhunde der Kapitalistenklasse, die in Zeiten relativer bürgerlicher Stabilität zurückgehalten werden, um in Perioden der Krise von der Leine gelassen zu werden, wenn die kapitalistische Ordnung durch Arbeiterrevolution gefährdet ist. Anfang der 30er-Jahre hatte Leo Trotzki, zusammen mit Lenin Führer der Oktoberrevolution von 1917, in seinen Schriften über Deutschland erklärt:

„Die Reihe ist ans faschistische Regime gekommen, sobald die ‚normalen‘ militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesellschaft nicht mehr ausreichen. Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demora-

lisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat“ (*Was nun? – Schicksalsfragen des deutschen Proletariats*, Januar 1932).

Wenn die Bourgeoisie ihr Privateigentum an den Produktionsmitteln bedroht sieht, wird sie wieder versuchen, die faschistische Karte zu spielen. Deshalb ist es notwendig, die Faschisten zu zerschlagen, solange sie noch klein sind.

Gegenwärtig sind die „normalen“ militärisch-polizeilichen Mittel“ für die Bourgeoisie vollkommen ausreichend, um die Arbeiter niederzuhalten. Deswegen zügeln Polizei und Gerichte gelegentlich auch die eine oder andere Nazi-provokation, insbesondere um die „demokratische“ Glaubwürdigkeit des deutschen Imperialismus aufzupolieren. Die SPD/Grünen-Koalition, die von 1998 bis 2005 regierte, setzte geschickt „antifaschistische“ Rhetorik ein, um den Nachfolgestaat des Dritten Reichs weißzuwaschen und so die Interessen des Exportweltmeisters international voranzubringen. Gleichzeitig werden Arbeiter, Immigranten und Linke umso schärfer vom bürgerlichen Staat verfolgt. In Hannover wurde eine geplante Nazidemo am 1. Mai mit der Begründung verboten, dass „Gewaltbereitschaft“ zu erwarten sei. Und mit ähnlichen Argumenten wurde am selben Abend in Dortmund eine antifaschistische Demonstration verboten.

Auf der Anti-NPD-Demonstration am 1. Mai in Berlin-Köpenick forderte der LINKE-Vorsitzende Gregor Gysi das Verbot der NPD, und linke Anhängel der Linkspartei wie MLPD, DKP und *junge Welt* machen dies gemeinsam mit dem VVN-BdA zu einem Dreh- und Angelpunkt ihrer Kampagnen gegen Nazis. Appelle an den bürgerlichen Staat, die Faschisten zu verbieten, demobilisieren das Proletariat. Solche Verbote werden letztlich immer gegen Arbeiter und Linke verwendet. Das hat sich immer wieder gezeigt: Die Einleitung des Verbotsverfahrens gegen die KPD 1951 wurde abgedeckt mit der Aufnahme eines Verbotsverfahrens gegen die faschistische SRP im gleichen Jahr. Unmittelbar auf das Verbot der faschistischen FAP folgte 1993 das Verbot der kurdischen PKK. Während die Kurden, linke türkische Gruppen, Kommunisten und andere Linke unnachgiebig verfolgt werden, ließ der Staat die Nazis sich weitgehend ungestört neu organisieren. Unter dem Deckmäntelchen der Parteienfinanzierung stopft der Staat Millionen Euro in die Kassen der NPD-Nazis, und V-Leute des Verfassungsschutzes sitzen in Naziorganisationen und wirken – zum „Sammeln von Informationen“! – bei der Organisation von Naziangriffen mit.

Dieser kapitalistische Staat – im Kern Polizei, Armee, Justiz und Gefängnisse – ist nicht neutral, sondern ein Instrument zur Verteidigung der Herrschaft und des Privateigentums der Bourgeoisie. Das wird bei jedem Streik deutlich, der sich zuspitzt. Als Anfang Mai französische Continental-Arbeiter nach Aachen kommen wollten, um dort gemeinsam mit ihren deutschen Kollegen zu protestieren, wurden hunderte Polizisten mit Pferden, Hunden und Wasserwerfern mobilgemacht, um das Gebiet vor dem Werk in eine Festung zu verwandeln. Als Infineon-Arbeiter 2005 gegen die drohende Werksschließung streikten und den Betrieb wirklich dichtmachten, so dass keine Streikbrecher durchkamen, griffen die anwesenden Bullen die Arbeiter brutal an und zogen sogar die Pistole gegen einen Streikposten. Die Polizisten sind die professionellen Streikbrecher der Bosse.

Kapitalistisches Elend und Nationalismus nähren die Faschisten

Mit dem Schlachtruf „Arbeit zuerst für Deutsche“ wie z. B. bei der NPD-Provokation am 1. Mai in Berlin-Köpenick setzen die Nazis soziale Demagogie ein, um die weitverbreitete Angst vor Arbeitslosigkeit und Verelendung in rassistischen Terror gegen Flüchtlinge und Arbeiter kur-

discher, türkischer und osteuropäischer Herkunft zu kanalisieren. Das Heer von Arbeitslosen – von Karl Marx auch als industrielle Reservearmee bezeichnet – ist ein untrennbarer Bestandteil des Kapitalismus. In Zeiten des Aufschwungs werden sie benutzt, um die Löhne so niedrig wie möglich zu halten, in Zeiten der Wirtschaftskrise wie heute wächst ihre Zahl an, da die Kapitalisten „Überkapazitäten“ abbauen, um ihre Profite zu retten. Traditionell bilden Frauen und Arbeiter ausländischer Herkunft und ethnischer Minderheiten den Kern der industriellen Reservearmee. Sie sind die letzten, die eingestellt werden, und die ersten, die die Bosse feuern. Der faschistische Terror begleitet die Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates gerade gegen diesen Teil der ärmeren Bevölkerung.

Wie soziale Verelendung die Faschisten nährt, zeigen die Folgen der Konterrevolutionen von 1990 bis 1992 in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion, die von Ostberlin bis Moskau mit einem mörderischen Aufstieg von Nationalismus und Naziterror einhergingen. In der im Herbst 1989 beginnenden proletarisch-politischen Revolution kämpften wir damals mit all unseren Kräften, um die Arbeiter gegen die Konterrevolution zu mobilisieren, und warnten:

„Noch ist der wiederaufsteigende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen. Heute ist aber die SPD/SDP das Hauptinstrument, ein solches Großdeutschland herbeizuführen. Das vielköpfige faschistische Ungeheuer abzuwürgen heißt, diesem sozialdemokratischen Vordringen Einhalt zu gebieten.“ (*Spartakist* Nr. 66, 3. Januar 1990)

Die kapitalistische Wiedervereinigung und die darauffolgende ökonomische Verwüstung der Ex-DDR war mit einer rassistischen Hetzkampagne gegen das Asylrecht verbunden. Dem von unter führender Beteiligung Oskar Lafontaines im Sommer 1992 durchgesetzten Beschluss der SPD zur Abschaffung des Asylrechts folgte das staatlich genehmigte Nazipogrom in Rostock-Lichtenhagen auf dem Fuß. Es folgten die mörderischen Brandanschläge in Mölln und Solingen. Die Folgen von Konterrevolution und kapitalistischer Fäulnis zeigen sich auch in Westdeutschland: Dortmund, eine Hochburg der faschistischen Szene, liegt im Ruhrgebiet, wo Industriearbeitsplätze seit Jahrzehnten zerstört worden sind und die Arbeitslosigkeit in einigen Bezirken das Niveau Ostdeutschlands erreicht.

Heute sind Massenentlassungen aufgrund der Weltwirtschaftskrise in vielen Ländern schon voll im Gang oder stehen kurz bevor, wie hierzulande, sobald die Bundestagswahlen vorbei sind. Dies unterstreicht die Dringlichkeit von gemeinsamem internationalen Klassenkampf, um die rassistische und nationalistische Teile-und-Herrsche-Politik der Bosse und ihres Staates zu durchkreuzen, die auf der Straße von den Faschisten ausgetragen wird. Eine klare Warnung, welche Gefahr nationalistischer Protektionismus für die Arbeiter darstellt, war kürzlich in Britannien zu sehen. Dort mobilisierten die Führer der Baugewerkschaft zu reaktionären Streiks für „britische Jobs für britische Arbeiter“, eine reaktionäre nationalistische Losung, die historisch von den Faschisten der BNP benutzt wurde und 2007 vom britischen Premierminister Gordon Brown (Labour Party) aufgegriffen wurde. (Siehe dazu: „Britannien: Gewerkschaften müssen immigrierte Arbeiter verteidigen!“, *Spartakist* Nr. 176, März 2009.) Und kurz danach bei den Wahlen zum Europaparlament haben rechtspopulistische Parteien mit rassistischen Wahlkampagnen in den Niederlanden und Österreich erfolgreich abgeschnitten, während in Ungarn die faschistische Jobbik über 14 Prozent und in Britannien die BNP-Nazis 6 Prozent verzeichnen konnten.

Die sozialdemokratische Klassenkollaboration der Ge-



Spartakist

1993: Protestdemonstration nach dem rassistischen Brandanschlag auf eine türkische Familie in Solingen, bei dem fünf Menschen starben

werkschaftsbürokratie beruht auf der Unterordnung der Arbeiter unter die „eigene“ Bourgeoisie im Namen des „Standorts“. Es bedeutet die nationalistische Spaltung der Arbeiter, wie beim Arbeitsverbot in Deutschland gegen Arbeiter aus osteuropäischen EU-Staaten, das kriminellerweise von der DGB-Führung im Namen der „Sicherung von Arbeitsplätzen“ unterstützt wurde. In Wirklichkeit spaltet solcher Chauvinismus die Arbeiterklasse und hindert den gemeinsamen Klassenkampf, der notwendig ist, um eingewanderte Arbeiter zu organisieren und die Lebensbedingungen aller Arbeiter zu verteidigen. Die Gewerkschaften müssen gegen das Arbeitsverbot gegen osteuropäische Arbeiter kämpfen als Teil eines Kampfes für die Organisation der Unorganisierten und für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben. Solch ein Kampf Klasse gegen Klasse, verbunden mit der Forderung nach Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich, würde machtvoll die Teile-und-Herrsche-Strategie der Kapitalisten durchkreuzen und einen proletarischen Gegenpol zu den braunen rassistischen Terroristen und ihrer nationalistischen Demagogie bilden.

Ein solcher Kampf würde notwendigerweise mit dem Rahmen der kapitalistischen Herrschaft kollidieren und müsste mit den Spielregeln der Bosse und ihres Staates brechen. Die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsführung mit dem bürgerlichen Staat – einschließlich der Organisation der professionellen Streikbrecher der „Gewerkschaft“ der

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 18,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01



Polizei als Teil des DGB – ist zentraler Bestandteil der Klassenzusammenarbeit der Gewerkschaftsführung. Der Kampf für die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den Faschismus muss mit dem Kampf für eine klassenkämpferische Führung der Gewerkschaften verbunden werden.

Die einzige „Zukunft“, die SPD und Linkspartei mit den reformistischen Linken im Schlepptau bieten, ist die Hoffnung auf eine „linke“ bürgerliche Regierung, um den Kapitalismus sozial zu gestalten. Was es tatsächlich bedeutet, den Staat der Bourgeoisie zu verwalten, zeigt sich deutlich in Berlin, wo die LINKE gemeinsam mit der SPD regiert. SPD und PDS wurden 2002 in die Regierung geholt, um die Berliner Bankgesellschaft auf dem Rücken der Arbeiter im öffentlichen Dienst und durch massive Sozialkürzungen zu retten. Diese „Sanierungs“angriffe gingen Hand in Hand mit rassistischem Terror und Repression gegen Linke. Am 8. Juni wurde eine Massenabschiebung von über einhundert Vietnamesen vom Flughafen Schönefeld in Berlin durchgeführt, die erste Massenabschiebung seit Mitte der 90er-Jahre. Gleichzeitig lief eine rassistische Hetzkampagne gegen ca. hundert Mitglieder von Roma-Familien, die auf der Flucht vor Verfolgung, einschließlich Pogromen, und wirtschaftlichem Elend aus Rumänien hierherkamen. Der Berliner Senat schikanierte sie permanent und vertrieb sie schließlich. Die Gewerkschaften müssen gegen Abschiebungen mobilisiert werden!

Unser Ziel ist es, eine multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen, um die Arbeiter mit einem Programm des Klassenkampfes gegen die kapitalistischen Ausbeuter zu bewaffnen, letztlich ausgerichtet auf das Ziel, dieses marode kapitalistische System zu stürzen und durch eine internationale sozialistische Planwirtschaft zu ersetzen. Die Produktivkräfte könnten dann weiterentwickelt werden, um den Interessen der gesamten Bevölkerung zu dienen und nicht den Profitinteressen der winzigen Minderheit der Kapitalistenklasse. Erst dies würde auch den Faschisten endgültig den Boden entziehen.

Falsche Lehren von 1933

Ein Beschluss der Delegiertenversammlung der IG Metall Gelsenkirchen vom 18. Mai unter der Überschrift „Wehret den Anfängen“ erinnert anlässlich der Naziüberfälle vom 1. Mai an den März 1933, als SA und Polizei Gewerkschaftshäuser stürmten. Aber das Dokument propagiert Wehrlosigkeit der Arbeiter gegen die Faschisten geradezu als ein „Ideal“:

„Wir in der IG Metall Gelsenkirchen fordern alle politischen Parteien in diesem Lande dazu auf, unverzüglich die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, die NPD und andere faschistische Organisationen, mitsamt deren Gedankengut, zu verbieten, damit die Zeit nicht wieder zurückgedreht werden kann. Damit Gewerkschaften nie mehr dazu gezwungen sein müssen, bei Veranstaltungen wie dem 1. Mai Ordnungskräfte aufzustellen, um ihre Mitglieder vor Naziterror zu schützen.“

Dies zeigt, dass die falschen Lehren aus der bitteren Niederlage von 1933 gezogen werden, als aufgrund des Verrats der Führung eine der mächtigsten Arbeiterbewegungen kampflös vor dem Hitler-Faschismus kapitulierte.

Damals hatten die Gewerkschaften Millionen Mitglieder, die KPD war ebenso wie die SPD eine Massenpartei, und die Arbeiter wollten kämpfen. Die SPD-Führung unternahm alles, um ihre Arbeiterbasis fest an den bürgerlichen Staat zu ketten und von unabhängigem Kampf zurückzuhalten – bis hin zur Unterstützung Hindenburgs bei der Wahl zum Reichspräsidenten als angebliche Alternative zu Hitler. Im Januar 1933 ernannte Hindenburg Hitler dann zum Reichskanzler. Die KPD, auf die die fortgeschrittensten Arbeiter schauten, die sich mit der Oktoberrevolution in Russland von 1917 iden-

tifizierten, weigerte sich, die SPD in *Einheitsfrontaktionen* zur gemeinsamen Verteidigung aller Arbeiterorganisationen – unter der Losung „Getrennt marschieren, vereint schlagen!“ – zu zwingen, wofür Trotzki und die Linke Opposition kämpften. Solche Aktionen hätten nicht nur die Nazis stoppen können, sondern im Verlauf des Kampfes hätten die SPD-Arbeiter auch ihre eigene verräterische Führung auf den Prüfstand stellen und sich in der Praxis von der Richtigkeit des kommunistischen Programms überzeugen können. Die Führungen von KPD und Kommunistischer Internationale (Komintern) spielten, nach einigen Jahren stalinistischer Degeneration, die Gefahr der Faschisten herunter, indem sie in hirn-rissigem Sektierertum die SPD als „sozialfaschistisch“ bezeichneten und gleichzeitig durch Illusionen in den „demokratischen“ Ablauf im Staatsapparat – „Nach Hitler wir“ – Passivität verbreiteten.

Trotz der Ähnlichkeit, dass wir heute auch am Anfang einer Wirtschaftskrise stehen, sieht die Bourgeoisie ihre Herrschaft nicht unmittelbar durch proletarische Revolution bedroht. In den 30er-Jahren steckte der Kapitalistenklasse noch die Furcht vor den Auswirkungen der Oktoberrevolution von 1917 und der revolutionären Nachkriegswelle in Europa in den Knochen. Heute, nach der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion und den ehemaligen Ostblockstaaten, ist das Proletariat international weit zurückgeworfen worden und identifiziert seine Kämpfe nicht mehr mit dem Endziel des Sozialismus. So fühlt sich die herrschende Klasse trotz internationaler Wirtschaftskrise sicherer im Sattel und sieht keine unmittelbare Notwendigkeit, die Faschisten zur Verteidigung ihrer Herrschaft an die Macht zu bringen. Das bedeutet keineswegs, dass die Arbeiterbewegung die tödliche Gefahr des Faschismus herunterspielen darf. Gerade wo die heranrollende Wirtschaftskrise Millionen Kleinbürger und Arbeiter zu ruinieren und ganze Teile der Bevölkerung zu deklassieren und zu lumpenisieren droht, können die Faschisten sehr wohl durch blutigen Terror und Demagogie auf diesem Nährboden wachsen.

Auf den Verrat von 1933 folgte die nicht weniger verräterische Wende der Komintern hin zur Volksfront, der Unterordnung der Arbeiterklasse unter einen illusorischen „demokratischen“ Flügel der Bourgeoisie im Namen des Kampfes gegen den Faschismus. Zahlreiche Revolutionen wurden so in die Niederlage geführt – in Spanien schlug die Volksfront die Arbeiterrevolution, die 1931 begann, nieder und bahnte so den Franco-Faschisten den Weg an die Macht (siehe „Trotzkismus kontra Volksfrontpolitik im Spanischen Bürgerkrieg“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 27, Frühjahr 2009). Genau diese Volksfrontpolitik wird als Lehre aus der Niederlage von 1933 verkauft: Man solle sich auf den Staat des Klassenfeindes verlassen, die demokratische geläuterte deutsche Bourgeoisie von Auschwitz überzeugen, die Nazis zu verbieten, im Namen der „Einheit gegen rechts“ Bündnisse nur auf Grundlage der bürgerlichen Demokratie eingehen usw. Verstärkt durch die Ideologie vom angeblichen „Tod des Kommunismus“ aufgrund der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion durchdringt diese Politik umso mehr den „Antifaschismus“ der heutigen reformistischen Linken.

Die Faschisten sind ein Produkt der Fäulnis des Kapitalismus, und genau deshalb ist eine Beschränkung des Proletariats auf den Rahmen des Kapitalismus so tödlich. Die Arbeiterklasse als einzige wirklich schöpferische und revolutionäre Klasse in der heutigen Gesellschaft muss den Unterdrückten und Verarmten einen progressiven Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse weisen, den Weg zu einer klassenlosen, internationalen kommunistischen Gesellschaft, den Weg der proletarischen Revolution. Das bedeutet, eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei zu schmieden, die revolutionäre Führung gibt. ■



Spartakist

Westberlin, 1983: Spartakisten (damals TLD) organisierten Protest gegen anti-tamilische Pogrome in Sri Lanka

Massaker in Sri Lanka...

Fortsetzung von Seite 24

Solidarität mit den bedrängten Tamilen verteilt und unsere proletarisch-revolutionäre Perspektive für nationale und soziale Befreiung vorgebracht. Wie wir in *Spartacist Canada* Nr. 160 (Frühjahr 2009) schrieben:

„Wir befürworten schon lange das Recht auf Selbstbestimmung des tamilischen Volkes – d. h. sein Recht, einen unabhängigen Staat im überwiegend tamilischen Norden und Osten zu gründen. Wir treten für die militärische Verteidigung der LTTE gegen Angriffe der Armee ein und fordern den sofortigen und bedingungslosen Abzug der Armee Sri Lankas aus dem Gebiet...

Gleichzeitig geben wir der LTTE keine politische Unterstützung – sie sind bürgerliche Nationalisten, die der Logik des Nationalismus folgend selbst interethnische Angriffe auf singhalesische Dorfbewohner geführt und Muslime aus der traditionell tamilischen Stadt Jaffna, der Hauptstadt der nördlichen Region, vertrieben haben, während sie mit mörderischer Gewalt gegen andere tamilisch-nationalistische Gruppen vorgehen.“

Nach dem verheerenden Blutbad veranstaltete das Regime der Sri Lanka Freedom Party (SLFP) von Mahinda Rajapaksa groteske chauvinistische Demonstrationen in Colombo und rief einen Nationalfeiertag aus. Dieser widerliche Triumphalismus soll zur weiteren Erniedrigung der bereits besiegten tamilischen Bevölkerung dienen und unterstreicht, dass die kommunalen Spaltungen, die von dem Regime und seinen Vorgängern gefördert wurden, tiefer sind als je zuvor. Was wir 1983 über die damaligen staatlich angeleiteten anti-tamilischen Pogrome schrieben, behält heute volle und stärkere Gültigkeit:

„Das von der Regierung dirigierte singhalesisch chauvinistische Blutbad gegen das tamilische Volk auf der kleinen Inselnation Sri Lanka (früher Ceylon) im Indischen Ozean hat für die absehbare Zukunft die Perspektiven für einen gemeinsamen Klassenkampf der singhalesischen Arbeiterklasse und der unterdrückten tamilischen Minderheit in katastrophaler Weise geändert.“ („Massaker in Sri Lanka“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 11, Winter 1983/84)

Unsere Organisation hat immer das Recht auf tamilische Selbstbestimmung verteidigt, wobei wir von dessen Ausübung abgeraten haben und für gemeinsamen proletarischen Klassenkampf für die Freiheit der Tamilen und für sozialistische Revolution in Lanka und deren Ausweitung auf den

indischen Subkontinent eingetreten sind. Jedoch ist, wie wir geschrieben haben, „unmittelbar nach den Massenmorden an Tamilen ... die Verbitterung und Feindseligkeit zwischen den Volksgruppen Sri Lankas, wenigstens kurzfristig, offensichtlich unüberbrückbar geworden“. Deshalb erhoben wir die Forderung *für das Recht auf Tamil Eelam*:

„Der blutige kommunale Kampf zeigt, dass sogar mit einer proletarischen Revolution auf Lanka und allgemein in Südasien eine *föderative* sozialistische Republik auf Ceylon notwendig sein wird, um auf der Basis von Gerechtigkeit und Gleichheit die Einheit der Tamilen und Singhalesen zu erlangen (und um der Furcht der Singhalesen vor Racheakten seitens der Millionen Tamilen in Südindien Rechnung zu tragen).“

Gleichzeitig merkten wir an, dass die Aussichten auf einen unabhängigen tamilischen kapitalistischen Staat im trockenen und unterentwickelten Norden nicht gut waren. Noch würde die Gründung eines solchen Staates das nationale Überleben der Tamilen sicherstellen, die auf großen Teilen der Insel mit der singhalesischen Mehrheit vermischt lebten (was noch immer der Fall ist). Andererseits wäre die Errichtung einer föderativen sozialistischen Republik von Eelam und Lanka ein Leuchtfieber für die unterdrückten und unterjochten Massen im ganzen Subkontinent, einschließlich der 65 Millionen Tamilen jenseits der Palkstraße im indischen Bundesstaat Tamil Nadu.

Der Kampf der Tamilen ist heute an seinem verzweifeltsten Punkt. Die Lehren aus einer bitteren Geschichte zu ziehen, ist schwierig, aber notwendig für diejenigen, die der Arbeiterklasse zugewandt sind, für Tamilen ebenso wie für Singhalesen. Die ehemals trotzkistische Lanka Sama Samaja Party ließ die Interessen des Proletariats und die Verteidigung des tamilischen Volkes fallen, als sie 1964 in die singhalesisch-chauvinistische Regierung der SLFP eintrat.

Heute muss der Kampf für die Schiedung einer trotzkistischen Partei in Lanka mit dem Verständnis beginnen, dass ein wirkliches Ende nationaler Unterdrückung sowie wahrer sozialer Fortschritt für die Völker Lankas und der Region nur erreicht werden, wenn die barbarische Herrschaft des Kapitals und die Spaltungen, die das Erbe von imperialistischer Vorherrschaft sind, durch sozialistische Revolution überwunden werden. Dauerhafte nationale und Klassengerechtigkeit für die tamilischen arbeitenden Menschen wird durch permanente Revolution sichergestellt werden – durch die Herrschaft der Arbeiter und Bauern in einer sozialistischen Föderation Südasiens und die Ausweitung proletarischer Revolutionen in die imperialistischen Zentren. ■

SPARTAKIST

Asyl für tamilische Flüchtlinge!

Massaker in Sri Lanka: Verteidigt die Tamilen!

Ugarte/AFP

Chettikulam, eines von vielen Gefangenenlagern und Verhörzentren, in denen 300 000 Tamilen festgehalten werden

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Spartacist Canada Nr. 161, Sommer 2009, Zeitung der Trotskyist League/Ligue Trotskyste, kanadische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.

Der grausame, 26 Jahre währende Krieg, den die Regierung Sri Lankas im Norden und Osten der Insel im Indischen Ozean geführt hat, endete am 18. Mai mit der Zerstörung der Überreste des tamilischen Miniatur-Staates und der Hinrichtung von Velupillai Prabhakaran, dem Führer der Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE). Obwohl das bluttriefende singhalesisch-chauvinistische Regime seine Ziele erreicht hat, setzt es doch die gnadenlose Unterdrückung des tamilischen Volkes und seiner nationalen Rechte fort.

Seit Januar wurden mindestens 8000 und vielleicht bis zu 20000 Tamilen in diesem Krieg getötet, der bereits 70000 Leben gekostet hat. Berichte sickern durch die Mauer der Pressezensur, wonach ungefähr 300 000 Tamilen – 40 Prozent davon Kinder – jetzt in einem Netzwerk von Gefangenenlagern und Verhörzentren gefangen gehalten werden. Besonders erschreckend war ein Bericht von Doug Saunders in der *Globe and Mail* (Toronto) vom 23. Mai, in dem es hieß, die Inhaftierten seien „nicht nur diejenigen, die vor der Gewalt geflohen sind, sondern die gesamte Zivilbevölkerung des nordöstlichen Konfliktgebietes, das durch das Militär völlig entvölkert wird“. Als Vorbedingung für eine Entlassung werden die Menschen in den Lagern „durchleuchtet“, ein Prozess, der nach Angaben eines Regierungssprechers bis zu zwei Jahre dauern könne.

Gegen die blutige Rache der Regierung Sri Lankas muss die internationale Arbeiterklasse für die Verteidigung des tamilischen Volkes eintreten. Tamilische Auswanderer in Kanada, Britannien und anderswo sehen jetzt in qualvoller

Hilflosigkeit zu – sie wissen, dass ihre Familien vielleicht tot sind oder in den Lagern der Armee gefangen gehalten werden. Wir stehen auf ihrer Seite und fordern sofortiges Asyl für tamilische Flüchtlinge!

In den Monaten vor dieser Katastrophe haben Tamilen in Städten auf der ganzen Welt einen Massenprotest nach dem anderen durchgeführt. In Toronto, dessen 200 000 zählende tamilische Gemeinde eine der größten außerhalb Südasiens ist, gehörten die Demonstrationen zu den größten in der Stadtgeschichte. Der Anblick zehntausender wütender Tamilen, die die Hauptstraßen Torontos mit einem Meer an Tamil-Eelam-Flaggen (ähnlich der Flagge der LTTE) überfluteten, löste Wutgeheul seitens bürgerlicher Politiker und Journalisten aus.

Die USA, Britannien, die Europäische Union und Kanada hatten die Tiger alle zuvor verboten und zu einer „terroristischen“ Organisation erklärt. Damit gaben die imperialistischen Mächte faktisch dem Regime auf Sri Lanka grünes Licht für seine mörderische Armee-Offensive. Dies unterstreicht, dass die wiederholten Aufforderungen an die kanadischen, US- und andere Imperialisten, im Interesse der Tamilen einzugreifen, nur fruchtlos bleiben konnten, da diese den Krieg der Regierung Sri Lankas gegen das tamilische Volk überwiegend unterstützt haben. Wir verurteilten von Anfang an die Verbote der LTTE, mit denen die bis heute andauernden repressiven Angriffe auf tamilische Exilorganisationen eingeläutet wurden. Es ist eindeutig im Interesse aller arbeitenden Menschen, die tamilischen Organisationen gegen Staatsrepression zu verteidigen.

Die Trotskyist League/Ligue Trotskyste und andere Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga haben sich den Protesten der Tamilen angeschlossen, Literatur in

Fortgesetzt auf Seite 23